

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

Nr. 41

10/1979

80 Pfg. Solidaritätspreis 1,20 D

NACHSCHLAGS- FORDERUNGEN HÄUFEN SICH...

...doch IGM-Spitze stellt sich taub

Die Diskussion um Lohn-Nachschlagsforderungen ist bei vielen aktiven Gewerkschaftern auch im letzten Monat weiter gegangen.

Jeder Arbeitnehmer hat inzwischen die Preissteigerungen und die Erhöhung der Mehrwertsteuer deutlich zu spüren bekommen. Laut statistischem Landesamt in NRW sind die Preise für Elektrizität, Gas und Brennstoffe Mitte Juli bis Mitte August im Vergleich zum selben Zeitraum 1978 um 20 % gestiegen. Beim Heizöl allein haben wir 103,4 % Preissteigerungsrate. Die offizielle Inflationsrate hat bereits im August die 5%-Marke überschritten. Anfang des Jahres rechnete man noch mit 3 %! Auf dieser falschen Grundlage sind am Jahresanfang die letzten Tarifverträge abgeschlossen worden. Ein Ende der Preissteigerungswelle ist nicht abzusehen. Im Gegenteil bestätigten der Präsident des Sparkassenverbandes, Geiger, Wirtschaftsminister Lambsdorff (FDP) und Forschungsminister Hauff (SPD), daß mit weiteren Preisanstiegen zu rechnen sei. Laut Geiger wird die Preissteigerungsrate im Oktober um 5,5 % betragen.

Immer mehr aktive Kollegen haben jetzt die Nase voll von allen Spar- und Maßhalteappellen. Viele sind bereit, für die Aufrechterhaltung ihres Lebensstandards aktiv zu werden. Einige Kollegen haben schon durch Aktionen Erfolge erzielt - so konnten bei Blohm und Voss sowie bei Ortmann und Herbst in Hamburg betriebliche Lohnerhöhungen durchgesetzt werden.

Doch warum wurden nur in Einzelfällen Erfolge erzielt, warum haben trotz allem nicht alle Arbeiter einen vernünftigen Zuschlag bekommen? Wie verhält sich die Gewerkschaftsführung zu den Forderungen der Arbeiter nach Teuerungszuschlägen?

Nach zahlreichen Briefen aus den Betrieben an die IG Metall-Zentrale unterstützen auch manche Gewerkschaftsführer zumindest in Worten die Forderungen der Kollegen. Nachschlagsforderungen wiesen sie jedoch ab und machten uns Hoffnung auf die nächste Tarifrunde. Dann sollen die geforderten Teuerungszuschläge bestimmt berücksichtigt werden.

Inzwischen werden anscheinend die an den IG Metall-Vorstand gerichteten Briefe der Basis nur noch entgegenommen, wenn sie von dem jeweiligen Ortsverwaltungsvorstand "abgesegnet" wurden; ansonsten landen sie im Papierkorb!

Leider warten die Unternehmer mit ihren Preissteigerungen nicht bis zur nächsten Tarifrunde. Die Arbeiter

wurden bereits im Sommer zur Kasse gebeten, als die Mehrwertsteuer um 1 % stieg und die Ölmultis ihre Preise stark anhoben, was wiederum Preissteigerungen auf anderen Gebieten zur Folge hatte.

In der nächsten Lohnrunde will die IG Metall einen "vollen Ausgleich" für die "zu erwartenden" Preissteigerungen fordern. Und wie steht es dann mit den schon durchgeführten Preissteigerungen?



Immer mehr Kollegen haben die Nase voll von Maßhalteappellen....

Viele Kollegen zweifeln, ob die IG Metall-Führung diesmal von Anfang bis Ende eine konsequente Lohnpolitik durchführen wird. Denn in den vergangenen Jahren hat sie sich schon zu oft vom Kapital zu viel zu großen Zugeständnissen überreden lassen. In Nordrhein-Westfalen wollten die Kollegen Anfang 1978 tatsächlich streiken und sind dabei vom Hauptvorstand abgebrems worden.

Und wie soll die diesjährige Lohnforderung aussehen? Die Inflation trifft alle gleich hart, deshalb brauchen wir einen festen monatlichen Sockelbetrag als Teuerungszuschlag für alle Arbeitnehmer. Dies müssen mindestens 200 DM sein.

Die Basis darf den Tarifverhandlungen nicht tatenlos zusehen. Wir sind geduldig genug, auf die nächste Tarifrunde zu warten. Dann aber erwarten wir auch endlich Taten. Worte haben wir genug gehört. Wir müssen jetzt umso aktiver werden, damit unsere Führung merkt, wo es lang geht, von Iris Cirkel, IG Metall-Mitglied



DGB-Jugend, die treibende Kraft im DGB. Seit Monaten Konflikte mit dem Hauptvorstand, jetzt wurde der Bundesjugendsekretär von seinem Amt enthoben.....

Für mehr Demokratie in der DGB-Jugend!

Für die Wiederein- stellung Hawreliuks!

"Eine Riesensauerei! Was soll das überhaupt? Gibt es jetzt Berufsverbote im DGB? Darf man als Mitglied bald den Vorstand nicht mehr kritisieren? Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen!"

So reagierte ein junger Kollege, als ich ihm erzählte, daß der DGB-Bundesjugendsekretär Heinz Hawreliuk durch den geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB von seinem Amt enthoben worden war.

Was ist vorgefallen? Niemand weiß genau. Der DGB-Vorstand lehnt bisher jede Erklärung in der Öffentlichkeit ab. Die Mitglieder, vor allem die DGB-Jugendlichen, können nichts genaueres erfahren, wenn sie in ihren Geschäftsstellen nachfragen. Anscheinend sollen die Vorwürfe, die Hawreliuk im Vorstand gemacht werden, geheim bleiben. Warum? Hat der Vorstand Angst vor einer Diskussion der Frage unter der Mitgliedschaft? Fürchtet er, daß die Vorwürfe gegenüber Hawreliuk unhaltbar sind? Befürchtet er, daß die Gliederungen der DGB-Jugend die Sachlage anders sehen? Ist ihm bange davor, daß sich die Kritik zuletzt gegen ihn selbst richten wird?

Will man eine Begründung für die Amtsenthebung, so ist man auf die Berichte der bürgerlichen Presse angewiesen. Da heißt es etwa:

- Hawreliuk sei ein U-Boot der "Stamokaps" (Damit sind die Anhänger der DKP-nahen Theorie vom "staatsmonopolistischen Kapitalismus" gemeint.)

- Das Vertrauensverhältnis zwischen dem für Jugendfragen zuständigen Vorstandsmitglied Karl Schwab und Hawreliuk sei nachhaltig gestört.

- Hawreliuk sei seiner ihm gegebenen Hauptaufgabe nicht gerecht geworden, den Einfluß der SDAJ in der DGB-Jugend zurückzudrängen.

- Hawreliuk sei der Hauptverantwortliche für den Inhalt einer Broschüre der DGB-Jugend zum Antikriegstag, deren Verteilung wegen ihres "zu radikalen Inhalts" vom DGB-Vorstand verboten wurde.

Karl Schwab und Heinz-Oskar Vetter erhoben schon auf der letzten Bundesausschusssitzung des DGB massive Vorwürfe gegen Hawreliuk: Vertrauensbruch und Illoyalität. Diese Vorwürfe wurden nicht belegt. Der anwesende Hawreliuk meldete sich zu Wort, erhielt aber keine Gelegenheit, Stellung zu nehmen.....

Fortsetzung auf Seite 8

ARTIKEL ÜBER

Jahr des Kindes	5.2
Kampf gegen Strauß	5.3
"Hamburger Morgenpost"	5.3
Chinesische Revolution	5.4+5
Streik bei Pitsas in Griechenland	5.6
Schichtarbeit	5.7
Kampfstoffskandal	5.8

VORAN

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft.
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen, H. G. Öfinger, Nr. 170 20 433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

ih^r da oben
...
wir da unten

Geschäfte mit der Angst

Marxisten sind nicht die einzigen Leute, die für die nächsten Jahre mit der Perspektive von ansteigenden und erbitterten Klassenkämpfen in allen hochentwickelten kapitalistischen Staaten rechnen. In den USA ist nämlich kürzlich ein Buch erschienen mit dem Titel: "Wie es einem in den kommenden schlechten Jahren wohlgehen kann". Es handelt über die Zukunft der USA, eines Landes, "das gerade dabei ist, auf die schwierigste Probe seit dem Bürgerkrieg gestellt zu werden - eine inflationäre Spirale, die zu einer wirtschaftlichen Depression führen wird, an die man sich noch nach Generationen nur mit Schauern erinnern wird". Das Buch hatte einen Blitzstart - es nimmt bereits den 3. Rang in der Bestsellerliste der New York Times ein ...

Psycho-Kampfstoffe für „humane“ Kriegsführung!

Eine "ideale Waffe für den humanen Krieg" glaubten US-amerikanische Militärchemiker vor 25 Jahren gefunden zu haben: ein Psycho-Kampfstoff, "BZ" genannt. Dieses Teufelszeug hat eine unbestreitbare Wirkung, wie der SPIEGEL berichtet:
- Soldaten kommt unversehens jeglicher Verteidigungswillen abhandeln, selbst wenn sie in Lebensgefahr schweben...
- Der Kampfstoff hat eine "idiotisierende Wirkung"; bis zu 80 Stunden lang taumelten und tanzten unter BZ-Einfluss stehende Versuchspersonen umher...
- Eine mit dem Gift außer Gefecht gesetzte Lagerwache "benahm sich wie eine Horde Irre: die meisten hockten mit blödem Grinsen im heißen Sand,..."

Die US-Armee hat ausgedehnte Menschenversuche mit BZ durchgeführt. 7000 Soldaten wurden als "Freiwillige" in das Versuchszentrum Edgewood Arsenal gelockt, wobei ihnen als Zweck der Experimente "medizinische Forschung" vorgegaukelt wurde: "Genieße seinen Nutzen und unterstütze die Verteidigung Deiner Nation".

Einige Gramm BZ sind genug, wenn sie in das Trinkwassernetz eingespeist werden, "um selbst eine Millionen-Metropole wie New York für Tage in ein Tollhaus zu verwandeln." Schon anfangs der 50er Jahre wurden 50 Tonnen dieser "Anti-Aufbruch-Droge" in Bomben abgefüllt - genug, um "alle Erdbewohner in ein 4tägiges Delirium zu versetzen". Doch inzwischen wollen die US-Militärs die einstige "Wunderwaffe" wieder loswerden. Oh nein - nicht etwa, weil sie zu gefährlich wäre!!! Nur - sie funktioniert nicht wie geplant! Die notwendige Sprengwirkung, um das Pulver in eine ausreichend große Wolke zu verwandeln, müsste so groß sein, "daß die Leute, für die das Zeug bestimmt ist, bei der Explosion sterben würden"!

Es scheint fast unglaublich, mit welchem Zynismus und mit welcher menschenverachtenden Kaltschnäuzigkeit imperialistische Militärstrategen die Wissenschaft für ihre Ziele ausnutzen. Über die Langzeitwirkung der Droge bei den menschlichen Versuchspfern ist bisher wenig bekannt. Schwerwiegende Schäden sind ebensowenig ausgeschlossen, wie bei den ersten Atombombenversuchen der USA, deren Strahlenwirkung anfangs an Tausenden von amerikanischen Soldaten - "Freiwilligen" - ausprobiert wurden und die erst heute ihre Gesundheitsschäden (u. a. Krebs) entdecken, aber bisher vergeblich auf Schadensersatz und Schmerzengeld klagten.

Doch mit diesen teuflischen Experimenten an lebenden Menschen müssen wir uns abfinden, solange eine kapitalistische Klassengesellschaft existiert. Reine moralische Empörung wird nichts nutzen. Erst eine sozialistische Arbeiterdemokratie kann diesem Treiben ein Ende bereiten...

Die allerletzte Fernsehsendung

Hat jemand Angst vor einem Atomkrieg? Weiß jemand nicht, wie er sich in diesem Fall verhalten soll? In den USA hat jetzt die Behörde für Zivile Verteidigungsangelegenheiten dem Journalisten Leonard Reiffel DM 100.000 Honorar bezahlt für ein Fernsehprogramm, das praktische Ratschläge für die Bevölkerung im Falle eines Nuklearangriffs ausstrahlen soll ("Sandsäcke vor die Fenster, nasse Tücher vor den Mund binden", usw!). Reiffel sagte: "Wir brauchen keine aufwendigen Produktionstechniken zu verwenden, denn wenn wir die Sendung jemals ernsthaft verwenden müssen, dann brauchen wir uns um die Einschaltquote der Zuschauer keine Sorgen zu machen". Wir machen jede Wette, daß der Film nicht viel nützen wird - vor allem nicht im Falle eines Überraschungsangriffs. Und Reiffel hätte seine Chance verspielt, der Star der letzten Fernsehshow auf Erden zu sein ...

1979 JAHR DER AUSBEUTUNG TROTZ JAHR DES KINDES!

Wer denkt in unserem aufgeklärten Zeitalter, daß Kinder heute noch arbeiten? Daß z. B. in Kolumbien Abertausende von Kindern in Kohlebergwerken unter Bedingungen arbeiten, die sich Erwachsene nicht gefallen ließen - 280m unter der Erde - nur Kerzenbeleuchtung - und keine Sicherheitsmaßnahmen! Wer denkt an Tausende von Mädchen in Marokko, die durchschnittlich 72 Stunden pro Woche in schlecht beleuchteten Teppichwebereien verbringen und infolge dessen nahezu erblinden? Oder wer ahnt, daß im Nordosten Brasiliens 50.000 Mädchen im Alter zwischen 10 und 14 in Bordellen "beschäftigt" sind, die zudem mit 20 Jahren ohne Lebensunterhalt "rausgeschmissen" werden, weil sie "zu alt" sind?!

Falls Sie denken, Kinderarbeit sei nur in der "unzivilisierten" Welt anzutreffen, sehen Sie sich bitte Italien oder Portugal an! Vor der eigenen Haustür schufteten Kinder in italienischen Schuhfabriken. Die billigen Arbeitskräfte ermöglichen die niedrigen Preise der Italienischen Schuhe. Auf einem Fragebogen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vor einigen Jahren gab die Portugiesische Regierung ungeniert zu, daß dort 168.000 Kinder Lohnarbeit machen! Sogar in der BRD arbeiten nach eher konservativen Schätzungen) zwischen 100.000 und 200.000 regelmäßig saisonal und zwar nicht nur auf den Feldern, sondern auch an der Drehbank im Betrieb, Kinder arbeiten sogar nachts im Akkord in einem NRW-Betrieb! (Aus "Armut in der BRD" von J. Roth)

Der Begriff der Sklaverei kann noch nicht in die Schublade gelegt werden. Vor allem nicht die Kindersklaverei. In Bangkok (Hauptstadt Thailands) werden die Töchter armer Familien für umgerechnet 150 DM an Arbeitsvermittlungsdienste verkauft. Von denen sie dann weiter an die Fabriken verkauft werden. Hier wird der Mensch im wahrsten Sinne des Wortes als Ware hin- und herverkauft.



Infolge einer Untersuchung gab eine Arbeitsgruppe der UN-Menschenrechtskommission neulich diese und andere Tatsachen über Kinderarbeit bekannt (Alle Angaben aus der Frankfurter Rundschau vom 27. 8. 79). Laut Statistiken der Vereinten Nationen (UN) besuchen weltweit 400 Mio. Kinder keine Schule; davon wurden bis jetzt 52 Mio. statistisch erfaßt, die in Fabriken arbeiten (nach Schätzungen der ILO). Als Mitglieder der Arbeiterbewegung, die stets für ein menschenwürdiges Leben gekämpft hat, können wir einen solchen Zustand nur als endgültige Verdammung des internationalen Profitsystems sehen - eine Weltordnung, die nicht in der Lage ist, eine Gesellschaft zu schaffen, in der keine Armut und Hungersnot mehr herrscht. Denn diese Kinder müssen aus dringender materieller Not arbeiten. In Ländern wie z. B. Indien, wo über 16 Mio. Kinder arbeiten gehen, ist der Erwachsenen Lohn so mager - oder die Inflation so hoch -, daß sich eine Familie ohne zusätzliches Einkommen nicht davon ernähren kann. Das heißt, wenn die Eltern überhaupt eine Arbeit finden. In den Ländern der Dritten Welt ist die Arbeitslosigkeit bereits auf einer ganz anderen Höhe wie hier und es besteht halt nur noch die Möglichkeit, die eigenen Kinder zur Arbeit zu schicken.

Aber die Unternehmer beschäftigen nicht umsonst Kinder als Arbeitskräfte: erstens sind die Profite entsprechend größer (im vorhin genannten Beispiel Kolumbiens werden den Kindern pro Kohlesack umgerechnet 42 Pfg. bezahlt, wobei der Sack im lokalen Handel für das 25fache verkauft wird!); und zweitens können sich Kinder erst recht nicht gegen die Bosse wehren und sind selten oder nie gewerkschaftlich organisiert.

Trotz massiven Profiten und grausamster Ausbeutung ist der Kapitalismus in diesen Ländern (auch in Europa) nicht fähig, den Lebensstandard der Arbeiter und ihrer Familien so zu erhöhen, daß Kinder nicht arbeiten zu gehen brauchen. Dieser Zustand wird sich vorläufig nicht ändern. Nicht nur im "Jahr des Kindes" werden allein in Indien 15 Millionen Kinder an Hunger und Krankheit sterben, sondern in jedem Jahr, in dem das kapitalistische Übel noch besteht.

Die Menschenrechtskommission der UN bringt diese Grausamkeiten richtig ans Tageslicht, wird aber mit ihrer moralischen Empörung nie die weltweite Ausbeutung - auch nicht der Kinder - abschaffen, solange die Unternehmer die Macht haben.

von F. Bull, Köln, SPD-Mitglied

►► Kampffonds ◀◀

SPENDENKONTO:
Angela Bankert, Pscha. Essen
2422 50 - 432

SCHICKT UNS GELD! WIR BRAUCHEN ES!! DRINGEND!!!

Die Sammelergebnisse der letzten Wochen haben leider noch nicht wesentlich dazu beigetragen, die in den Sommermonaten entstandene große Lücke zu füllen. Die überwiesenen Summen hinken noch immer stark hinter unseren Zielvorstellungen her.

Bis Redaktionsschluß erreichten uns insgesamt DM 624,69, die sich auf die Regionen folgendermaßen verteilen:

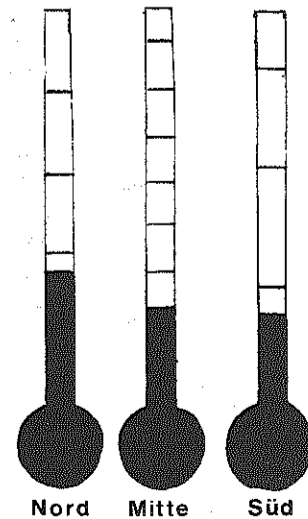
NORD	MITTE	SÜD
254,50 DM	239,19 DM	77,50 DM

Für das letzte Quartal '79 liegt dadurch jetzt noch eine Menge Arbeit vor uns, nämlich ausgedrückt in Mark und Pfennig wie folgt:

NORD	MITTE	SÜD
bisher: 1716,-	2037,-	754,-
noch zu sammeln: 3284,-	6513,-	2746,-

Es gilt also, mindestens nochmal soviel zu sammeln, wie bisher eingegangen ist.

5000- 8500- 3500-



Wir wissen, daß eine ganze Reihe von Lesern monatlich tief in die Tasche greift, um uns eine regelmäßige Spende zukommen zu lassen. In vielen Fällen übersteigt diese Summe sogar den Betrag,

den sie als Beiträge an SPD oder Gewerkschaft zahlen. Wir wissen dies zu schätzen und danken diesen Lesern und Anhängern an dieser Stelle noch einmal dafür.

Wir sind auf solche regelmäßigen Spenden unbedingt angewiesen, und diese Spender sehen sicher bei jeder Ausgabe von VORAN, daß ihr Kapital für eine kompromißlose Zeitung gegen das "große Kapital" gut angelegt ist.

Aber es gibt andererseits noch viele Leser, die VORAN zwar regelmäßig für 80 Pfg. oder 1 DM erstehen, aber sich bisher nicht genötigt sahen, über den Kaufpreis hinaus "etwas locker zu machen".

Vielleicht finden diese Leser VORAN "zwar nicht schlecht", meinen jedoch, wir könnten aktueller sein, mehr Umfang und ein besseres Lay-out haben, und ärgern sich vielleicht auch manchmal über unpünktliches Erscheinen oder Verzögerungen durch den Vertrieb.

Solche Schwierigkeiten sind aber nur dann zu beheben, wenn wir die Zeitung auf eine bessere finanzielle Grundlage stellen können. Jeder Leser trägt daher durch seine Spende dazu bei, daß er VORAN pünktlich, in ansprechender Aufmachung und bald hoffentlich auch mit mehr Seiten und öfter in Händen hält.

DEINE SPENDE IST EIN BAUSTEIN DAZU !!!

SPD - Keine Zurückhaltung! OFFENSIV GEGEN STRAUSS!

von Peter Mechttersheimer, Köln
Mitglied der SJD - Die Falken

BRIEFE
"VORAN"
HAMMESBERGERSTR. 5
563 REMSCHEID

LESER-

Nicht den "Staatsmann" oder gar den "Liberalen" sah die Öffentlichkeit in Franz-Josef Strauß, als er in den Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen eingriff. Der Kanzlerkandidat der CSU tobte und schimpfte wie eh und je: sein Zielobjekt waren die Linken, die heute die "eigentlichen Faschisten" seien und die - wie sollte es anders sein - allesamt zum linken Flügel der SPD gehören. Das Weltbild dieses Reaktionärs erstaut einen immer wieder, Marxisten - unter dem NS-Regime die am konsequentesten unterdrückte und ausgerot-

nehmer zu gering seien! Die Krisen der 80er Jahre seien zu verhindern, indem der Staat radikal spart, der "Privatinitiative" wieder mehr Raum geboten wird und die BRD eine "weitsichtige Politik" betreibt wie die Sowjetunion in Afrika". (Alles Originalzitate aus der Sporthalle.)

Die politischen Vorstellungen dieses Reaktionärs sind bekannt. Ihre Verwirklichung stellt für alle Arbeiter eine große Gefahr dar. Denn die Politik von Strauß wird die Rüstung erweitern, Unternehmenssubventionen erhöhen und jede

aus seiner Sicht absolut notwendige Vorhaben.

Ich sehe zwei Tendenzen: Die einen - vorwiegend linke Sozialdemokraten, DKP'ler und "Alternative" engagieren sich in der 'Stopp-Strauß-Kampagne' und waren auch hauptsächlich in Essen und Köln vertreten, wo Strauß nur mit Superverstärkern zu Wort kam. Die anderen - vorwiegend linkssektiererischen Gruppierungen - sehen zwischen Schmidt und Strauß keinen "prinzipiellen Unterschied". Sie befürchten vielmehr, daß die 'Stopp-Strauß-Aktionen' zu einer "Polarisierung" zwischen SPD und CDU führen und daß somit die "verräterische" Politik unter den Teppich gekehrt wird.

So sehr einem diese - letztere - Position auch unverständlich erscheint, es steckt ein wahrer Kern darin und sie deutet tatsächlich Gefahren an, die man nicht unterschätzen darf: Nur durch die Kandidatur von FJS wird Helmut Schmidt noch lange kein Linker. Eine kritiklose Unterstützung der SPD bei der Bundestagswahl 1980 wäre ein fataler Fehler. Die Marxisten in der SPD haben die Aufgabe, die Politik der SPD zu verändern. Dieses Vorhaben darf wegen FJS nicht aufgegeben werden. Und schließlich haben wir als Marxisten die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die alte Geschichtsauffassung, daß "Männer Geschichte machen", irrig ist, also daß die Bewegung, die hinter FJS steckt, auf materielle Grundlagen zurückzuführen ist: auf gesellschaftliche Kräfte und auf Klasseninteressen. In der Tat ist eine "Dämonisierung" bzw. eine "Personifizierung" des ganzen Problems nicht angebracht. Strauß ist nur ein Individuum, er ist nur eine Person. Sein Einfluß liegt begründet in der Unterstützung des Kapitals und in der Stärke der sehr schlagkräftigen Massenparteien des Kapitals, der CDU und der CSU. Genauso gefährlich ist es, in Strauß einen Fa-

schisten zu sehen. Das tun leider viele, die sich Linke nennen und das weist auf eine erschreckende Lücke im Theorieverständnis hin. Wenn Strauß aus einem human denkenden Linken ein "gehirnamputiertes wildes Tier" macht, dann ist das noch lange kein Grund, aus Strauß eine "faschistische Bestie" zu machen. Er ist der "starke Mann", der Reaktionär, der Deutschenationale der Gegenwart. Noch reicht er aus für das Kapital, noch ist das Kapital auf eine faschistische Massenbewegung nicht angewiesen. Was bedeutet das jetzt für unseren konkreten Kampf gegen Strauß und seine Politik?

1. Die Öffentlichkeit, insbesondere die abhängig Beschäftigten, sind über die Politik von Strauß und die Folgen für die Lohnabhängigen aufzuklären.

2. Innerhalb der SPD muß ein offensiver Kurs gegen die CDU/CSU durchgesetzt werden. Die Stellungnahmen von SPD-Politikern zu den Anti-Strauß-Protesten sind mehr von Untertanengeist als von Gegnerschaft geprägt.

3. Im DGB muß die gewerkschaftsfeindliche Politik des FJS stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Einheitsgewerkschaft bedeutet nicht Neutralität.

4. In Bezug auf die Wahlen 1980 muß die Verhinderung eines Kanzlers Strauß ein tagespolitisches Ziel der gesamten Arbeiterbewegung sein. Essen und Köln haben wenigstens in akustischer Hinsicht bewiesen, was Solidarität noch bewirken kann.

5. Trotz und wegen Strauß wäre eine "Verbrüderung" mit reformistischen bzw. nichtsozialdemokratischen Kräften und eine kritiklose Duldung ihrer Politik ein verheerender Fehler. Wir dürfen nicht das Ziel aus den Augen verlieren, marxistische Positionen innerhalb der SPD durchzusetzen. Um die Reaktion zu schlagen, braucht die SPD ein kompromißloses sozialistisches Programm. ■

Liebe Genossen!

40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die Sendung "Holocaust" immer noch Millionen in der BRD schockieren. Es war für viele einfach unfassbar, daß solche Greuelthaten gegen Andersdenkende so breit angelegt waren. Der Staat hat bisher kläglich versagt bei der Aufklärung der Ereignisse und Ursachen des Krieges.

In anderen Ländern sieht es aber nicht viel anders aus. Wenn man mit einem deutschen Auto durch einige Teile Frankreichs fährt, sieht man Gedenktafeln, worauf zu lesen steht: "Von den Deutschen getötet."

Das schlimme hierbei ist meiner Meinung nach die Rolle der KPF der großen "kommunistischen" Partei Frankreichs, die viel mehr französisch als kommunistisch zu sein scheint. Ein Wahlkampfplakat der KPF hat mir einmal fast den Appetit verdorben: Es zeigt eine sehr hübsche Frau, die mit ausgestreckten Armen aus einem Fenster schaut, dessen Fensterläden links blau und rechts rot waren. Mit ihrer waschmittelweißen, hübschen Bluse ergab das die Farben der französischen Nationalflagge. Die Parolen hießen: "Nation alleig". Die Parolen hießen: "Nation alleig und kaum lesbar geschrieben - "Für Ihren Arbeitsplatz, für Ihr Leben, für ein Europa der Arbeiter und des Friedens" und dann in Riesenlettern: "Für Frankreich wählen Sie KPF". Bei solchem Nationalismus: wie meinen die Führer der KPF es eigentlich mit dem "Europa der Arbeiter"? Wie wollen sie dazu beitragen, daß die Vorurteile gegen die Deutschen abgebaut werden? Es gibt zwei Frankreichs: eines der Besitzenden und eines der Besitzlosen. Die KP-Führung wird sich entscheiden müssen, welches Frankreich sie vertreten will. Die Losung: ein "Europa der Arbeiter" ist pure Demagogie, solange sie nicht mit der Losung nach einem "Frankreich der Arbeiter" verbunden wird.

Sue Powell, Hamburg



Strauß - äußerst reaktionärer Vertreter des Großkapitals. Die SPD-Spitze wird ihn durch vornehme Zurückhaltung nicht stoppen.

te politische Gruppierung - sind plötzlich die "besten Nazis, die es je gegeben hat", sind - selbstverständlich - "Terroristen" und "Verfassungsfeinde", von denen das Volk befreit werden müsse.

Selbst seine wirtschaftspolitischen Ausflüge sind haarsträubend für jeden denkenden Menschen. Den arbeitenden Menschen und den Rentnern ginge es immer schlechter, weil die Sozialausgaben zu hoch und die Gewinne der Unter-

Menge Geld zusätzlich in die "Sicherheit" stecken. Strauß weiß natürlich, daß da für Bildung und Sozialausgaben für Krankenhäuser und sozialen Wohnungsbau, für Umweltschutz und Arbeitsplatzförderung nicht mehr viel übrig bleibt. Hier wird er also kürzen.

Genau dann wäre für Sozialisten ein breites Aktionsfeld vorhanden. Deshalb versucht er frühzeitig die Linke zu kriminalisieren und ins politische Abseits zu drängen - ein

PLEITE EINER SPD-ZEITUNG

Ab März 1980 wird es die letzte sozialdemokratische Boulevardzeitung, die "Morgenpost" in der bestehenden Form nicht mehr geben. Der Aufsichtsrat der SPD-Holdinggesellschaft "Konzentration GmbH & Co KG" beschloß am 10. 9., den Druckereibetrieb und den Verlag im nächsten Jahr zu schließen. Der Name der Holding-Gesellschaft wirkt beinahe ironisch - denn nach der Schließung wird die Tagespresse in Hamburg zu 100 % in einer Hand konzentriert sein: nämlich bei Springer!

Die Entscheidung zur Schließung konnte nur durch Einsatz eines "Schlichters" getroffen werden, da der Aufsichtsrat nach der paritätischen Mitbestimmung besetzt ist und ohne Schlichter wegen des Widerstands der Arbeitnehmervertreter natürlich eine Pattsituation bestand. (Was wieder einmal beweist, daß "paritätische" Mitbestimmung keine Arbeitsplätze erhalten und Betriebsschließungen verhindern kann - selbst wenn das Unternehmen in der Hand jener politischen Partei ist (der SPD), die diese Reform immer als Ausweg aus dem kapitalistischen System aus dem gepriesen hat.) Die Morgenpost soll eventuell weiterexistieren, soll sich wider Erwarten noch ein Käufer für den Zeitungstitel finden, aber auf keinen Fall mehr unter SPD-Verfügung.

Als Gründe für die Schließung werden "hohe Verschuldung des

Verlags bei mangelhafter wirtschaftlicher Führung" angegeben. Nach der Schließung werden 346 Angestellte rausgeschmissen, für die jetzt ein Sozialplan aufgestellt werden soll.

Wie kam es zu dem Untergang der SPD-eigenen Zeitung, die die letzte (außer drei kleinen Lokalblättern) von einer ganzen Anzahl ist, über die die SPD noch nach dem Kriege verfügte (z. B. "Hamburger Echo", Berliner "Telegraf", Kieler "Volkszeitung")?

Die Hamburger SPD selbst gibt zu, daß das Abwirtschaften der Zeitung z. T. auf ein von ihr verschuldetes Mißmanagement zurückzuführen ist. Die Maschinen der über 100 Jahre alten Auerdruckerei sind zum großen Teil veraltet gewesen. Hinzu kam, daß der Verkauf der Zeitung zurückging. Von 400.000 Exemplaren um 1960 ging er auf jetzt 240.000 zurück. Dies wiederum läßt sich bei der großen Anhängerschaft der SPD in Hamburg nur durch den ewigen Kurswechsel in der Redaktion erklären: Der Kurs schwankte ständig hin und her zwischen (erfolgreichem) Kopieren der "Bildzeitung" und einem etwas politischeren Kurs (-wobei bezeichnenderweise die Verkaufsziffern immer stiegen!).

Schatzmeister Halstenberg von der SPD legte die finanziellen Verhältnisse offen dar: 70 Mio. DM seien im Laufe der Zeit von der Parteikasse in die "MoPo" geflos-

Eiffert-Geschenk brachte den HSV an die Spitze/S. 24

HAMBURGER Morgenpost Nr. 217/26. W. Montag, 17. September 1979 40 Pf. C1986A

DDR-Flucht! 8 Menschen hingen am Gas-Ballon

Hamburger Morgenpost: Im Bildzeitungsstil in die Pleite...

sen, was ca. den Parteibeiträgern der Hamburger SPD-Mitglieder entspräche. Weitere 10 Mio. DM werde der Sozialplan verschlingen. Wörtlich sagte er: "Wir können mit diesem Unternehmen nicht weitermachen!" Als sei die MoPo ein Fremdkörper! Folgende Erklärungen hält Halstenberg für steten Niedergang der Zeitung bereit: 1. Der gescheiterte Versuch, es der Bildzeitung gleichzutun. 2. Die Neuanschaffung einer kostspieligen Drucktechnologie. 3. zu geringe Anzeigenpreise. Diese Erklärungen sind erbärm-

HAMBURGER Giftskandal. Anwohner in Todesgefahr. Evakuierung

lich, denn sie betreffen (außer 1.) mehr den wirtschaftlichen Teil, der aber seine Ursachen letztlich in der politischen und inhaltlichen Gestaltung der MoPo hatte. Die SPD gibt mit dieser Zeitung eine Chance auf. Um diese ist es schade. Der "Morgenpost" als Zeitung in ihrer jetzigen Form braucht man nicht nachzutruern - den verlorenen Arbeitsplätzen schon. Die Morgenpost zeichnete sich, von kleineren Schwankungen abgesehen immer dadurch aus, daß sie versuchte, mit ähnlich reißerischem Äußeren wie die "Bild" und Berich-

ten über "Sex and Crime" ganz versteckte, wenige, politisch flau Nachrichten an den Mann zu bringen. Diese wenigen politischen Artikel konnten den Abklatsch der "Bild" nicht wettmachen, also kauften sich die Leute lieber gleich die Bildzeitung. Es hat sich ja gezeigt, daß immer dann, wenn die Zeitung ein mehr politisch ausgerichtetes Konzept hatte, die Verkaufszahlen stiegen. Dort also hätte man ansetzen sollen! Die Zeitung hätte ruhig ihren leicht verdaulichen Charakter behalten können für die Frühstückspause, aber die SPD hätte die Chance nutzen sollen, mehr Berichte vom Arbeitsplatz zu bringen, mehr über Lohnprobleme, Arbeitslosigkeit etc. und dazu eine sozialistische Programmatik darzulegen. Welche Möglichkeit läßt sie sich jetzt so einfach verloren gehen! Mit einem solchen Konzept wie oben

hätten sich neue Investitionen sicher bezahlt gemacht, nicht aber in der einfachen Nachaffung der "Bildzeitung"!

So bleibt nichts mehr zu sagen außer: Hier ist ein Fall zu sehen, wo ein SPD-eigener Betrieb einmal am eigenen Leibe die Zwänge unserer "freien" Marktwirtschaft zu spüren bekommt, indem er der zunehmenden Konzentration - auch im Medienbereich - zum Opfer fällt, eine Angelegenheit, gegen die die SPD selbst immer laut (aber ohnmächtig) protestiert hat.

Aber dabei durfte es eben nicht bleiben, man hätte die Zeitung anders konzipieren sollen...

von Ulrike Thormann-Heuck, SPD-Mitglied, Hamburg

VORAN nimmt den 30. Jahrestag der chinesischen Revolution von 1949 zum Anlaß, Entwicklung und Charakter dieser Umwälzung im Überblick darzustellen und zu analysieren. In einer der nächsten Ausgaben unserer Zeitung werden wir uns mit den neueren Entwicklungen in China befassen.

In diesem Monat - exakt am 1. Oktober - jährt sich zum 30. Mal die Errichtung der Volksrepublik China. Die chinesischen Revolution kann, nach der Oktoberrevolution in Rußland, sicherlich als das zweitwichtigste Ereignis in der politischen Geschichte der Menschheit angesehen werden. Sie befreite ein Volk, das ein Viertel der Weltbevölkerung ausmacht, von Großgrundbesitz und Kapitalismus; auf der Grundlage einer verstaatlichten und geplanten Wirtschaft ermöglichte sie eine ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte, der Wirtschaftskraft Chinas. Das chinesische Volk ließ das Elend, die Ausbeutung, Armut, Hungersnöte und Epidemien von Jahrhunderten für immer hinter sich.

Auf der anderen Seite waren (und sind) diese unbestreitbaren Errungenschaften häufig der Nährboden für ungerechtfertigte Illusionen in den Charakter der chinesischen Revolution und der durch sie geschaffenen Gesellschaft. So wurde Mao Tse Tung für große Teile der internationalen Linken zu einer Kultfigur, China zur modellhaften Verkörperung einer gesunden sozialistischen Entwicklung. Noch heute ist die Einschätzung Chinas für viele Sozialisten ein Streitpunkt und immer wieder Anlaß zu erheblicher Verwirrung.

Bürgerliche + Kommunisten

Die letzte chinesische Kaiserdynastie war 1911 gestürzt worden. An die Spitze der neu errichteten Republik trat die "Kuomintang" (KMT) unter Führung von Sun Yat Sen. Die Kuomintang hatte lange Zeit für eine demokratische Republik sowie nationale Unabhängigkeit gekämpft. Die Partei stützte sich, oberflächlich gesehen, auf die Bauernschaft, in Wirklichkeit jedoch wurde sie kontrolliert und gesteuert von den chinesischen Kapitalisten. Diese hatten ein Interesse an größerer Unabhängigkeit von den imperialistischen Mächten, die die chinesische Wirtschaft beherrschten. Die KMT war also tatsächlich die Partei der nationalen Bourgeoisie.

1921 erfolgte die Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), zu deren Gründungsmitgliedern Mao Tse Tung gehörte. Die Partei bestand zu diesem Zeitpunkt aus lediglich 57 Mitgliedern; bis Anfang 1925 wuchs sie langsam auf 900 an, und erst die revolutionäre Welle der Jahre 1925-27 ließ die Mitgliedschaft auf über 50 000 emporsteigen.

Die Revolution von 1925-27

Die revolutionäre Bewegung wurde in erster Linie von der jungen chinesischen Arbeiterklasse in den Großstädten getragen. Diese war trotz ihrer Schwäche - China war vorwiegend ein Agrarland - aus dem Ersten Weltkrieg als die dynamischste Kraft in der Gesellschaft hervorgegangen. Beginnend mit der ersten großen Streikwelle des Jahres 1919, führte das Industrieproletariat erbitterte Kämpfe gegen seine imperialistischen und einheimischen Ausbeuter.

Mit dem Ausbruch der revolutionären Bewegung 1925 nahmen Millionen, die zuvor wie Packtiere gelebt hatten, ihr Schicksal in die eigene Hand. Angespornt durch den Erfolg der russischen Oktoberrevolution, versuchten die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse sich einen Weg zu sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu bahnen. Alle Bedingungen für eine Entwicklung der chinesischen Revolution nach dem Vorbild der Oktoberrevolution waren vorhanden.

Trotzkis Theorie der permanenten Revolution

Es ging darum, daß die Arbeiterklasse die anderen unterdrückten Schichten der Bevölkerung - besonders die ausgebeuteten, verarmten Bauern - mit sich zog und gemeinsam mit ihnen daran ging, die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu lösen. Damit ist gemeint: nationale Vereinigung des Landes, Befreiung von imperialistischer Beherrschung, umfassende Landreform (Verteilung des Landes an die Kleinbauern und Landarbeiter) sowie Ausbau der Industrie.

All diese Aufgaben waren in China - wie in Rußland vor 1917 - nicht gelöst. Die nationale Bourgeoisie war dazu nicht mehr in der Lage, wie es ihr in den fortgeschrittensten westlichen Ländern

(wie z. B. England und Frankreich) noch gelungen war. Die bürgerlichen Klassen in Rußland und China hatten nämlich, international gesehen, zu spät die Bühne der Geschichte betreten, um sich gegen die übermächtigen imperialistischen Rivalen durchsetzen zu können. Sie waren zu schwach und zu rückständig - die junge Arbeiterklasse schon zu stark und zu klassenbewußt. Eine bürgerliche Revolution hätte sich gegen die Interessen des einheimischen Großgrundbesitzes und der ausländischen kapitalistischen Großmächte richten müssen. Die nationale Bourgeoisie war jedoch eng verflochten mit den Großgrundbesitzern und völlig abhängig von den Imperialisten. Sich gegen diese zu wenden, hätte bedeutet: die eigene Machtstellung zu untergraben.

In den bürgerlichen Revolutionen Englands und Frankreichs hat die Bourgeoisie das Proletariat noch als Fußtruppen gegen die Feudalherren benutzt. In China und

VOR 30 JAHREN: CHINESISCHE REVOLUTION (1) DIE MACHTÜBERNAHME MAOS

te die Gesellschaft weiter entwickelt werden. Gerade die Rückständigkeit des Landes und die Impotenz der einheimischen Bourgeoisie zwang das Proletariat zur Anwendung sozialistischer Maßnahmen, noch bevor in einem hochentwickelten Land eine sozialistische Revolution vollzogen war. Allerdings gingen Lenin und Trotzki stets davon aus, daß eine sozialistische Revolution zugrunde gehen mußte, sollte sie zu lange in einem rückständigen Agrarland isoliert bleiben. Deshalb erhofften sie sich eine baldmöglichste Hilfe durch die Revolution in den fortgeschrittenen Ländern.

Rolle der Arbeiterklasse

Einer der zentralen Punkte war dabei für Lenin und Trotzki, daß die Arbeiterklasse in diesem ganzen Prozeß keinerlei Vertrauen auf die sogenannten "liberalen" Kapi-

herrschen Komintern trieb die KPCh in eine Katastrophe.

Stalins Politik

Stalin ging davon aus, daß die unmittelbaren Aufgaben in China in der Durchführung einer bürgerlich-demokratischen Revolution lagen. Er zog daraus die Schlussfolgerung, daß die Arbeiterklasse die Führung der Revolution an die nationale Bourgeoisie abtreten müsse. Sie müsse einen "Block der vier Klassen" - bestehend aus nationaler Bourgeoisie, Kleinbürgertum, Bauernschaft und Arbeiterklasse - bilden, der die Revolution unter politischer Führung der Bourgeoisie (!) durchführen sollte.

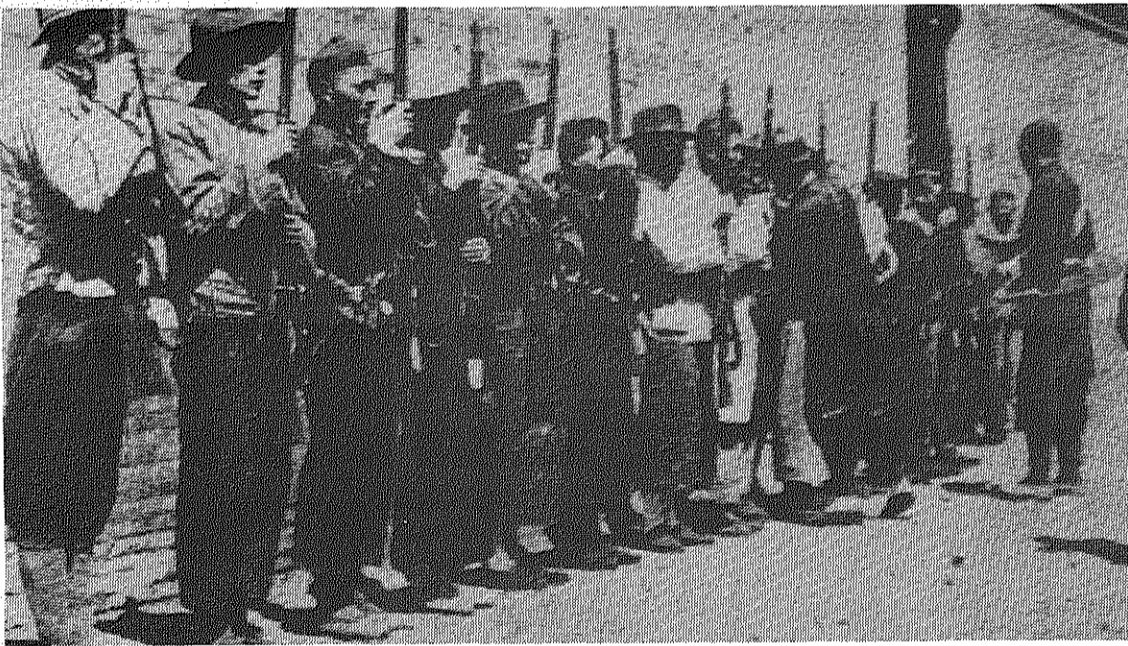
Aber es reichte Stalin und seiner Clique noch nicht, auf diese Weise alle Prinzipien aufzugeben, auf deren Grundlage die Bolschewiki in Rußland die Revolution zum Sieg geführt hatten; er ging sogar

ständen der Arbeiter in verschiedenen Großstädten wie Shanghai und Kanton. In Shanghai kontrollierten die Arbeiter die Stadt vollständig, als die Kommunistischen Führer sie drängten, die Stadt an die Truppen Chiangs - des "Bündnispartners" - zu übergeben. Damit lieferten sie sich ihre eigenen Henker aus. Denn die Armee Chiang Kai Scheks schlug über Nacht zu und richtete ein grausames Massaker unter den Arbeitern an. Die Ereignisse von Shanghai wiederholten sich in ähnlicher Form in anderen Großstädten. Insgesamt wurde 1927 über eine Million Chinesen von den Truppen der KMT getötet; vier Fünftel der 50 000 Mitglieder zählenden KPCh wurden ausgelöscht. Das war das grausige Ergebnis der Politik der KPCh und vor allem Stalins, ihres mächtigen "Beraters", der durch seine Bündnispolitik die chinesischen Arbeiter schutzlos der Reaktion ans Messer lieferte.

Die Revolution der Arbeiterklasse in China war damit vorerst einmal gescheitert. Man hätte vielleicht erwarten können, daß die Verantwortlichen die Lehren aus ihrer verfehlten Politik ziehen würden. Nichts dergleichen geschah. Im Gegenteil: es folgten weitere katastrophale Fehleinschätzungen.

Maos Basis: eine Bauernarmee

Zunächst Mao in China, etwas später auch die Komintern, kamen zu der Auffassung, daß nicht die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse entscheidend sei, sondern daß die Partei sich in Zukunft auf die Bauern stützen müsse. Die chinesische Revolution müsse eine Bauernrevolution sein. Nachdem man die revolutionäre Arbeiterklasse verraten und ins Verderben getrieben hatte, wandte man sich nun von ihr ab. Inzwischen hatte sich Mao an der Spitze einer Guerilla-Armee, die weitgehend aus arbeitslosen Landarbeitern bestand und 10 000 Mann zählte, aus den Städten zurückgezogen, um sich der Verfolgung durch die Truppen Chiangs zu entziehen. In einer abgelegenen Bergprovinz (Kiangsi), die bald durch seine Armee kontrolliert wurde, rief Mao eine "Sowjetrepublik" aus und machte sich an den Aufbau einer Bauernarmee. Aber schon 1930 startete die Kuomintang den ersten von insgesamt fünf "Vernichtungsfeldzügen" gegen die von Mao kontrollierte Provinz. 1934 wird Mao schließlich zu einer 10 000 km langen Flucht in den Norden Chinas gezwungen - dem berühmten "langen Marsch". Seine anfangs 90 000 Mann starke Armee wird während des einjährigen Gewaltmarsches auf 7 000 Mann reduziert. Mao selbst wird 1935, auf dem "langen Marsch", zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas gewählt. Seine kleine Armee ist alles, was von der Partei übrig geblieben ist.



Shanghai im März 1927: Streikgruppen haben sich zur Miliz zusammengeschlossen. Die Arbeiter kontrollierten die Stadt und werden Chiang Kai Schek übergeben, der von der KP-Propaganda als revolutionärer General beschrieben wurde. Chiang Kai Schek wird sie umbringen lassen.

Rußland hatte die einheimische Bourgeoisie bereits zu große Angst vor der Arbeiterklasse. Statt ihre "eigene" Revolution voranzutreiben und das Feudalsystem zu zerschlagen, verbündete sie sich mit den Großgrundbesitzern gegen die Arbeiterklasse und stellte sich gegen die bürgerliche Revolution.

Aus diesen Gründen konnte nur noch die Arbeiterklasse im Bündnis mit der armen Bauernschaft Träger der bürgerlichen Revolution sein. Diese mußte außerdem im Kampf gegen die Bourgeoisie selbst durchgefochten werden. Auf dieser Erkenntnis hatten die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki ihre revolutionäre Strategie aufgebaut. Sie erkannten darüber hinaus, daß die Arbeiterklasse nach Erledigung der Aufgaben der bürgerlichen Revolution unmittelbar weiter schreiten mußte zur Enteignung der Kapitalisten und zur Errichtung einer geplanten Wirtschaft (Trotzkis Theorie der permanenten Revolution). Nur so konn-

talisten haben dürfte. Diese redeten von Reformen, aber sie würden die Bewegung der Arbeiter verraten; denn sie waren über die Banken und das ausländische Kapital auf's Engste mit den Großgrundbesitzern verbunden. Eine Zusammenarbeit oder ein Bündnis mit diesen Kräften war deshalb völlig ausgeschlossen - auch für die Lösung der Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution.

Dies war die kompromißlose Position der russischen Partei wie auch der kommunistischen Internationale (Komintern), solange sie noch entscheidend von Lenin und Trotzki geprägt wurden. Ab 1923 jedoch gerieten beide Organisationen mehr und mehr unter die Kontrolle Stalins und der von ihm vertretenen neuen Schicht privilegierter Bürokraten, die im russischen Arbeiterstaat die Macht übernahmen. Dies brachte eine Abkehr von der bisherigen Politik Lenins und Trotzki mit sich. Und genau diese neue Politik Stalins und der inzwischen von ihm be-

noch weiter. Er wies die KPCh an, sich der Kuomintang anzuschließen, sich ihren Weisungen zu fügen und die eigene Organisation, die inzwischen in den Großstädten Chinas Massenunterstützung besaß, aufzulösen!

Die Führer der KPCh folgten den Anweisungen der Komintern, die den mittlerweile zum Führer der KMT aufgestiegenen General Chiang Kai Schek sogar zu ihrem Ehrenmitglied ernannte. Statt auf die Unabhängigkeit der Partei des Proletariats setzten deren eigene Führer auf eine Politik der bedingungslosen Unterordnung unter die Partei des Klassenfeindes. Diese von Stalin verordnete Politik hatte verheerende Auswirkungen. Chiang Kai Schek wurde zum Schlächter der chinesischen Arbeiterklasse.

Vernichtende Niederlage

1927 erreichte die seit 1925 tobende revolutionäre Bewegung ihren Höhepunkt mit machtvollen Auf-

Neues Bündnis mit Kuomintang

Die Partei gewinnt jedoch langsam neuen Rückhalt unter der ländlichen Bevölkerung, weil sie als einzige gesellschaftliche Kraft einen entschlossenen Kampf gegen die japanischen Armeen führt, die das Land mit einem Eroberungskrieg überzieht. Die Regierung der KMT unter Chiang Kai Schek bleibt dagegen fast untätig gegen die ausländische Invasion.

Aber was wird angesichts dieser Situation von der Komintern als neue Marschroute ausgegeben? Stalin sieht die Sowjetunion durch die japanische Invasion in China langfristig bedroht und erneut fordert er mittels der Komintern die KPCh auf, ein Bündnis mit der Kuomintang einzugehen; mit der gleichen Partei, deren Armee 1927 10.000 Kommunisten abgeschlachtet und anschließend fünf "Vernichtungsfeldzüge" gegen die KPCh geführt hatte!

Der Hintergrund für diese Politik ist einerseits das Ziel, die japanischen Eroberungsgelüste zurückzudrängen, und andererseits nach wie vor (bzw. schon wieder) die von Stalin vertretene "Etappentheorie", die schon 1925 bis '27 seine verhängnisvolle China-Politik bestimmt hatte. Demnach stand für das rückständige Agrarland China die Machteroberung der Arbeiter noch für Jahrzehnte nicht auf der Tagesordnung, es gehe lediglich um die Errichtung der bürgerlichen Demokratie, die das Bild Chinas für lange Zeit prägen würde. Deshalb komme die KPCh auch nicht um ein langfristiges Bündnis mit der bürgerlichen KMT herum. Genau die gleiche Position also wie 1925 bis 1927! Die stalinistische Bürokratie hatte nichts aus den grausamen Ergebnissen dieser Politik gelernt!

Volksfrontpolitik

Schon seit 1934 hatte die Komintern eine derartige Politik der Klassenkollaboration wieder zur ständigen Grundlage ihrer Strategie gemacht - nach einer vorübergehenden ultralinken Phase des Abenteueriums. Sie propagierte überall die Bildung von "Volksfronten" mit "progressiven", kapitalistischen Kräften zur Sicherung der Demokratie und zur Abwehr des Faschismus. Die Volksfrontpolitik führte insbesondere in Frankreich sowie im spanischen Bürgerkrieg zu einer vernichtenden

gegen Japan zu kämpfen, sich im nationalen Interesse dessen Oberbefehl zu unterstellen. Er spricht sich "für ein langfristiges Bündnis mit der KMT", auch nach Beendigung des Krieges gegen Japan, "aus und fordert die Anerkennung der KMT als Hauptkraft der Einheitsfront".

Mao Tse Tung erweist sich als treuer Vollstrecker der Stalin'schen Politik. 1939 schreibt er in einem Artikel zum 60. Geburtstag Stalins: "Stalin ist der treue Freund der Sache der Befreiung der chinesischen Volkes. Die Liebe und Verehrung des chinesischen Volkes für Stalin... kommen aus vollem Herzen." Ebenfalls 1939 begrüßt er den "Hitler-Stalin-Pakt" als Schwächung der antikommunistischen Kräfte und sagt weiter: "Alle die mir helfen, sind meine Freunde; alle die meinem Feind helfen, sind meine Feinde - das ist ein unverrückbarer Grundsatz." Frühe Vorboten der heutigen erreaktionären Außen- und Bündnispolitik Chinas....

Die chinesischen Kommunisten waren also wiederum ein Bündnis mit der Kuomintang eingegangen. Aber es gab diesmal im Vergleich zu 1925 bis 1927 einen wichtigen Unterschied: Die Armeen der beiden Parteien sollten zwar vereint die japanischen Invasoren bekämpfen, aber Mao legte dieses Mal Wert auf die Erhaltung einer relativen Unabhängigkeit seiner eigenen militärischen Kräfte. Er gab auch die Regionen, die er bereits kontrollierte nicht mehr aus der Hand. Andererseits hatte die kommunistische Partei Chinas zugesichert, sich allen Versuchen einer Verteilung des Landes an die kleinen Bauern entgegenzustellen; ferner würde sie Angriffe auf die Politik Chiang Kai Scheks unterlassen.

Anwachsen der KP China

Es waren hauptsächlich die Kommunisten, die den Kampf gegen die Japaner führten und dadurch ihre Anhängerschaft unter der Landbevölkerung ständig ausbauten. 1945, auf dem 7. Parteitag der KPCh (dem ersten seit 17 Jahren!), gab Mao folgende Zahlen bekannt: die Mitgliedschaft betrug 1,2 Millionen. Die Partei verfügte über 900 000 Mann starke Armee sowie eine 2,2 Millionen starke Miliz. Die KPCh war zu einer Massenbewegung angewachsen.

Im Herbst 1945 kapitulierte Japan. Der äußere Feind ist den Chinesen damit genommen. Dafür ent-

ist. Die amerikanischen Truppen weigern sich, einen weiteren Krieg zu führen. Chiang ist also auf seine eigenen Kräfte angewiesen. Aber sein Regime und seine Armee sind völlig korrupt und haben jegliche Unterstützung in der Bevölkerung verloren.

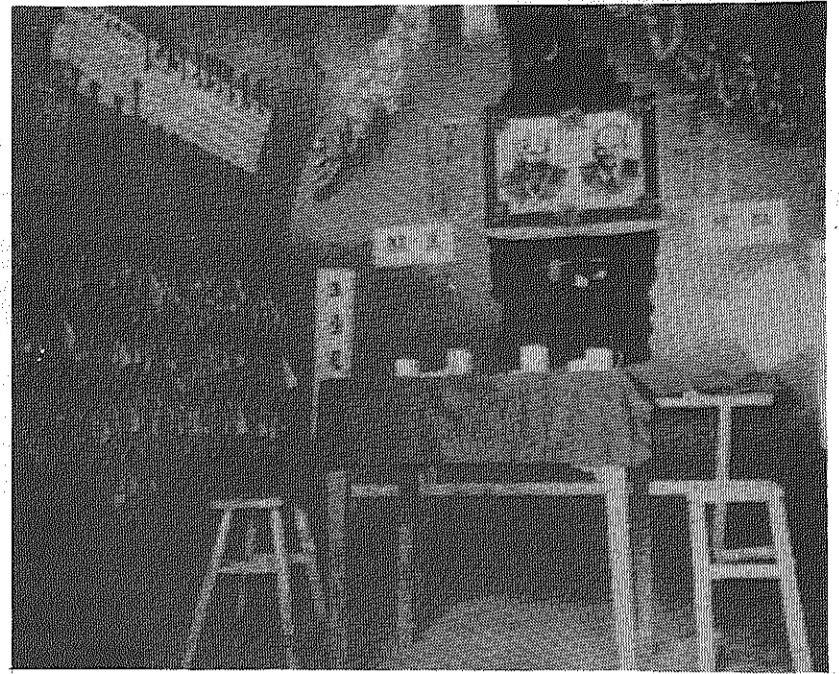
Demgegenüber hat Mao in den von ihm kontrollierten Provinzen ein funktionierendes Verwaltungs- und Rechtssystem errichtet. Vor allem aber verteilt er das Land an die armen Kleinbauern und Landarbeiter. Auf diese Weise schafft er die Grundlage für eine massenhafte Unterstützung seitens der Landbevölkerung.

Sieg im Bürgerkrieg

Der von Chiang Kai Schek entfesselte Bürgerkrieg zwingt die KPCh und Mao endlich zu einem kompromißlosen Kampf gegen die Kuomintang. Kurz zuvor, am 8.10.1945, hatte Mao eine Ansprache über Chinas Zukunft nach der Besiegung des japanischen Aggressors noch mit den Worten abgeschlossen: "Lang lebe das neue China! Lang lebe Vorsitzender Chiang!". Selbst zu diesem Zeitpunkt hatte er immer noch auf das Bündnis mit den bürgerlichen Kräften gebaut.

Chiang versucht, kräftig unterstützt vom US-Imperialismus, die endgültige Zerschlagung der KPCh herbeizuführen. Aber er hat die veränderten Kräfteverhältnisse in China falsch eingeschätzt. Die Kuomintang besitzt keine ausreichende Unterstützung in der Bevölkerung mehr. Die Truppen der roten "Volksbefreiungsarmee" marschieren von Sieg zu Sieg und drängen die Resttruppen Chiangs schließlich zurück auf die Insel Formosa (heute Taiwan). Am 1. Oktober 1949 ruft Mao in Peking die Volksrepublik China aus.

Die eigentliche Grundlage für den Sieg der KPCh war die totale Unfähigkeit der chinesischen Bourgeoisie - vertreten durch die KMT - in den Jahrzehnten seit der Ablösung des Kaisertums die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution und damit die drängendsten Probleme des chinesischen Volkes anzupacken, geschweige denn zu lösen. Dazu gehörte vor allem: die Beseitigung des Großgrundbesitzes und die Verteilung des Landes an die kleinen Bauern; die Vereinigung des Landes zu einem Nationalstaat; und schließlich die Befreiung Chinas von imperialistischer Bevormundung und Beherrschung (insbesondere durch Japan).



Der Hauptgrund für den Sieg Maos war die Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern. Hier die "Jugendbrigade" beim Landeinsatz

Kai Scheks Armee nicht halt. Obwohl diese mit 8 Millionen Soldaten den Truppen Maos mit nur 1 Million personell und auch technisch zunächst überlegen war, war die Aussicht auf Land stärker als die Disziplin der bürgerlichen KMT-Armee. Denn die einfachen Soldaten waren ebenfalls zumeist Bauern oder Bauernsöhne. Ganze Divisionen schmolzen dahin, desertierten und liefen auf die Seite Mao Tse Tungs über. Zusammen mit ihrem entschiedenen Kampf gegen die japanischen Invasoren lag darin der Hauptgrund für den Sieg der chinesischen Revolution.

Kapitalistische Demokratie?

Nach ihrem Einmarsch in den Städten und ihrer Machteroberung hatten Mao und die KPCh keineswegs im Sinn, sich an die Errichtung eines sozialistischen China heranzumachen; von einer Verstaatlichung der Industrie und der Planung der Produktion war anfangs nicht die Rede - nicht einmal als mittelfristige Perspektive. Vorgesehen war lediglich eine Landreform, in der der Großgrundbesitz auf die vielen kleinen Bauern aufgeteilt werden sollte. Der Hintergrund für diese Politik war noch immer die stalinistische "Etappentheorie" von der Entwicklung der Gesellschaft in streng voneinander abgegrenzten Stufen. Die Führer der KPCh erklärten nach der Revolution, China stünde eine circa 50jährige Periode "kapitalistischer Demokratie" bevor. Erst nach dieser Periode könne man an den Aufbau des Sozialismus denken. Infolgedessen sei man nach wie vor auf ein Bündnis mit der chinesischen Bourgeoisie angewiesen - einer Bourgeoisie, deren politische Vertreter die KPCh nach jahrelangem erbitterten Bürgerkrieg schließlich unter großen Opfern militärisch besiegt hatte!

Aber die Entwicklung lief anders, als es sich die KP-Führer gedacht hatten. Es erwies sich als unmöglich, entscheidende wirtschaftliche Schritte und Fortschritte durchzuführen, ohne die Kontrolle über die Schaltstellen der Wirtschaft in die Hand des Staates zu überführen und einer zentralen Planung zu unterwerfen. Die Regierung ist bereits 1953 gezwungen, die beschleunigte Verstaatlichung der Industrie und Kollektivierung der Landwirtschaft einzuleiten. Der erste Fünfjahresplan läuft an. Die wirtschaftlichen Erfordernisse sind stärker als die - falschen - Theorien und Vorstellungen der KPCh-Führung (Etappentheorie). Das Entscheidende dabei ist, daß die notwendigen tiefen Strukturveränderungen in der Wirtschaft Chinas auch tatsächlich durchgesetzt werden können - und zwar sehr leicht: weil die Staatsmacht dem Kapital bereits entrissen worden

ist und in den Händen der Roten Armee liegt, und damit in den Händen der KPCh.

Deformierter Arbeiterstaat

Die KP-Führung unter Mao beginnt damit, einen Staat nach dem Vorbild der Sowjetunion aufzubauen - aber nicht der Sowjetunion Lenins und Troztkis, sondern nach der Stalins. Mao fängt an, wo Stalin aufgehört hat. Das heißt: in China hat es von Beginn an keinerlei Elemente einer echten Arbeiterdemokratie gegeben, wie in Rußland nach der Oktoberrevolution. Es gab in China 1949 und danach zu keiner Zeit Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Dort, wo sie 1949 entstanden, wurden sie von der Roten Armee zerschlagen! Es gab weder Arbeiterkontrolle über die Industrie und den Staat noch waren unabhängige Gewerkschaften erlaubt.

In China hatte nicht die Arbeiterklasse unter Führung einer fest in ihr verankerten marxistischen Partei bewußt eine Revolution durchgeführt (wie in Rußland 1917). Vielmehr wurde eine sozialistische Umwälzung der Gesellschaft mehr oder weniger unbewußt - durch den Zwang wirtschaftlicher Erfordernisse - von einer Guerilla-Armee ausgeführt, die sich auf das Bauerntum stützte und seit 22 Jahren von den industriellen Großstädten abgeschnitten war. Diese Bauernarmee, die 1949 zur alleinigen Trägerin der Staatsmacht wurde, war angeführt von kleinbürgerlichen Intellektuellen wie Mao, die zwar in ihren jungen Jahren von einem Hauch des Marxismus berührt worden waren, aber inzwischen kaum entwickelt hatten, die nichts mehr mit den Traditionen von Marx, Lenin und Bolschewiki zu tun hatten.

Die anfängliche Arbeiterdemokratie in Rußland entartete erst nach mehreren Jahren zu einer stalinistischen Ein-Parteien-Diktatur. Maos Regime in China hatte von Anfang an den Charakter einer bürokratischen Diktatur, die sich allerdings schon sehr bald auf eine geplante Wirtschaft stützte. Marxisten nennen solche staatlichen Gebilde "deformierte Arbeiterstaaten". Außer ihrer wirtschaftlichen Grundlage haben sie mit einer gesunden Arbeiterdemokratie nichts gemeinsam.

FORTSETZUNG IN EINER NÄCHSTEN AUSGABEN

von Joachim Heuck, Mitglied der Juso-Gruppe Hamburg-Winterhude



Hinrichtung in Peking: 40000 Mitglieder der KPCh werden von der Kuomintang umgebracht.

den Niederlage für die Arbeiterklasse und ebnete letztlich den Weg für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

In diesem internationalen Zusammenhang stand also die Politik der Komintern in China. Mao Tse Tung setzte sie, ohne zu zögern, mit der KPCh in die Tat um. 1938 bekundet er den Willen der Roten Armee, unter Chiang Kai Schek

brennt jetzt der Kampf um die Macht in China selbst umso heftiger. Chiang Kai Schek hatte sich darauf verlassen, daß die amerikanischen und britischen Imperialisten ihm nach dem Krieg dabei helfen würden, mit den Kommunisten abzurechnen. Aber als er jetzt seinen Angriff auf die Rote Armee startet, muß er feststellen daß der Imperialismus gelähmt

Die Unterstützung der bürgerlichen Kräfte in der Bevölkerung - vor allem unter der verarmten Bauernschaft - schwand vor diesem Hintergrund dahin und ging auf die Bewegung Maos über. Diese versprach den armen Bauern eine radikale Lösung ihrer Probleme und verteilte in den von ihr kontrollierten Gebieten das Land. Der Umschwung machte auch vor Chiang

Griechenland

von Nikos Remoundos
und Jo Hoffmann

UNTERSTÜTZT DIE PITSOS-ARBEITER

Seit Mai im Streik gegen die Konzernführung der Siemens-Tochter

Die Arbeiter der PITSOS-Fabrik in Piräus, Griechenland (mehrheitlich in SIEMENS-Besitz) sind jetzt seit mehr als fünf Monaten in Streikaktionen verwickelt. Vor kurzem, am 11. Sept., traten sie in einen totalen Streik, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Die Gründe dafür erklärt uns im folgenden Interview der betriebliche Gewerkschaftssekretär. Der Kampf der PITSOS-Arbeiter ist von großer Tragweite, nicht nur für Griechenland, sondern auch international. Er ist der vorläufige Höhepunkt im Widerstand gegen die Politik von Regierung und Unternehmern, die nur eines im Sinn haben: die Fabrikgewerkschaften in Griechenland zu erwürgen, ihre Kampfkraft zu brechen und den Aufbau einer echten gesamtgriechischen Gewerkschaftsbewegung zu blockieren, die eine schlagkräftige Alternative zum bestehenden regierungskontrollierten Gewerkschaftsbund bilden könnte.

Regierung und Justiz haben gegenüber den illegalen Methoden der Bosse ein Auge zugeknippt. Wie aus dem Interview deutlich wird, stehen sie den Bossen hilfreich zur Seite, wo immer dies möglich ist. Die Auswirkungen der nächsten Weltwirt-

schaftskrise auf ein wirtschaftlich so schwaches Land wie Griechenland werden katastrophal sein. Die Regierung sieht sich gezwungen, den Lebensstandard der Arbeiter schon heute drastisch zu senken. Dies ist aber nur möglich, wenn sie

den Kampfgeist der griechischen Arbeiter bricht. Die griechische Arbeiterbewegung hat es in den letzten 5 Jahren geschafft, sich von einer brutalen Militärdiktatur zu befreien und - zum 1. Mal in ihrer Geschichte - eine sozialistische Massenbewegung aufzubauen (PASOK). Dieser Streik, unter der Führung von PASOK, wird deshalb für viele Arbeiter auch ein Test sein, ob PASOK in der Lage ist, sie vorwärtszuführen. - 1976 erwarb Siemens/Bosch die Aktienmehrheit der Fabrik, heute besitzt der Konzern 60% der Aktien, AEG 15% und Pitsos selbst 25%. - 1976 hatte das Werk 2.300 Beschäftigte, heute sind es nur noch 1.300.

dachte, daß die griechische Regierung gegen ihre eigene Verfassung gehandelt hätte. Man war sich uneinig, ob dem Beitritt Griechenlands in die EG deshalb nicht zugestimmt werden sollte. Wir sind jetzt in Kontakt mit dem Internationalen Metallarbeiterbund und mit einem Siemens-Zweigwerk in Deutschland; bis jetzt hat das aber noch keine konkreten Ergebnisse gebracht."

"Warum wurde dann für einen Vollstreik entschieden und wie war die Stimmung unter den Arbeitern zu dem Zeitpunkt?"

"Der allgemeine Grund dafür war die Entscheidung des Managements, die Firma ganz zu schließen, falls sie es nicht schaffen könnten, die Gewerkschaft endgült-

bleiben. Es war aber die einzige Möglichkeit für uns.

Die Vollversammlung von gestern (11. September) zeigte die Stimmung. Von 430 abgegebenen Stimmen waren 400 für Fortsetzung des Streiks und 30 dagegen. Von diesen 400 für Fortsetzung des Streiks waren 330 für Vollstreik und 70 für Fortsetzung der 4-stündigen Arbeitsniederlegungen.

Die Geschäftsleitung hat Siemens versprochen, daß die Produktion ab heute wieder mit 300 Mann laufen würde, aber sie haben nur bisher rund 30 Neue zum Arbeiten anwerben können. Es ist offensichtlich, daß heute morgen die Stimmung bei Streikposten begeisterter und optimistischer als je zuvor ist."

"Was für eine Rolle haben die Regierung, der offizielle Gewerkschaftsbund und die Polizei gespielt?"

"Wir haben von der Regierung nichts erwartet; sie behauptet, sie könnte nicht eingreifen. Der Wirtschaftsminister sagte, die Firma würde nicht verstaatlicht werden, wenn sie geschlossen wird, wie dies in einigen anderen Fällen geschah. Er meinte, in diesem Fall müßten die Arbeiter andere Jobs finden, es gäbe genug Arbeit in Griechenland. Inzwischen sagen sie, die entlassenen Arbeiter sollten sich woanders Jobs suchen und der Rest sollte wieder zu arbeiten anfangen. Die offizielle Gewerkschaft (die von der Regierung kontrolliert wird) hat uns mit Worten unterstützt, was aber nur ein Anzeichen für den Druck ist, der auf sie ausgeübt wird, und nichts anderes!"

Die Polizei hat inzwischen das ganze Gebiet abgeriegelt, nicht nur das Firmengelände. Sie lassen keinen Arbeiter rein, und nicht einmal der Gewerkschaftspräsident durfte mit den Arbeitern in der Fabrik reden. Man mußte nur den Knüttelinsatz der Polizei heute früh beobachten, um zu sehen, welche Methoden sie gebrauchen."

"Wie wird der Streik im Land unterstützt?"

"Wir erwarten Unterstützung von den demokratischen Gewerkschaftsdachverbänden und vom Nationalen Koordinierungskomitee, das kürzlich errichtet wurde. Auch die linken Parteien haben uns unterstützt. Aber Solidaritätserklärungen reichen uns nicht länger, wir brauchen Solidaritätsaktionen, Versammlungen und Besuche von anderen Arbeitern, um uns zu helfen. Die Arbeiter von Pitsos haben beschlossen, weiterzukämpfen und wir brauchen die aktive Unterstützung aller anderen Arbeiter."

"Was können wir außerhalb Griechenlands machen?"

"Die Gewerkschaft bittet um die Solidarität der Arbeiter und der Arbeiterparteien ganz Europas, nicht nur Erklärungen, sondern ein Verständnis für die Bedeutung dieses Streiks und seine Verbindung zum internationalen Kampf. Wir brauchen handfeste Solidarität, Aktionen und Geld!"

"Warum haben sich die Pitsos-Arbeiter zu den Kampfaktionen entschlossen?"

"Der Anlaß für den Streik war folgender: Einige Arbeiter, die ihren Militärdienst abgeleistet hatten, wollten wieder eingestellt werden. Die Firma ist gesetzlich verpflichtet, sie entweder wieder aufzunehmen, oder ihnen eine lächerliche Abfindung zu zahlen. Das letztere sollte gemacht werden. Die Gewerkschaft meinte aber, daß diejenigen, die wieder arbeiten wollten, dies auch erlaubt werden müßte und stellte sich dem Argument der Firma entgegen, daß die Belegschaftsstärke gedrückt werden müsse. Dann sollte die Firma alle Arbeiter fragen, wer eine freiwillige Kündigung mit Abfindung haben will und nicht diejenigen bestrafen, die vom Militärdienst zurückkommen."

Aber dieses Problem war eigentlich nur ein Anzeichen und nicht der wahre Grund für die Auseinandersetzung. Das Management hatte beschlossen, sich die Gewerkschaft vorzuknöpfen, um sie zu zerschlagen und die gesamte Kontrolle über die Firma wiederzuerlangen. Sie behaupteten, daß das Management die Kontrolle über die Produktion verloren hätte und als Folge daraus, weil die Forderungen der Arbeiter so "überhöht" seien, die Firma laufend rote Zahlen produziere. Das ist absoluter Schwachsinn! Wenn die Firma diese Macht, dann wegen des beschissenen Managements. Wir haben uns oftmals beim Management beschwert, weil die Arbeiter verrottete Maschinen und schlechtes Rohmaterial benutzen mußten. Ein Beispiel für Mißwirtschaft ist eine Maschine, die acht Monate lang kaputt war. Diese Maschine machte zum Beispiel bei Waschmaschinen den weißen Überzug auf den Verkleidungsblechen. Von 1.000 Stück waren nur 200 einwandfrei emailliert. Gleichzeitig machte das Management Geld, indem es Rohmaterial zweiter Wahl kaufte, was die Produkte weiter im Wert minderte.

Der größte Dorn im Auge waren dem Management die Ansätze zu einer Arbeiterkontrolle, wie sie in der Firma errichtet wurden. Das ist der Grund, weshalb dieser Streik so wichtig für alle Arbeiter in Griechenland und anderswo ist.

Diese Ansätze waren bei Pitsos so stark, daß die Reaktion der Bosse entsprechend scharf sein mußte. Ihre Macht über Einstellung und Entlassung, Produktionsumstellungen, Versetzung von Arbeitern innerhalb der Fabrik, ist dadurch in Frage gestellt; sie wollen diese Macht wiederherstellen, indem sie die Gewerkschaft zerschlagen."

"Was war die Haupttaktik der Gewerkschaft seit Streikbeginn, und welche Mittel haben Geschäftsleitung und Justiz gegen Euch angewandt?"

"Der Streik begann am 17. April. Zwei Wochen lang gab es 2-stündige Arbeitsniederlegungen und dann bis zum 15. Mai 3-stündige Arbeitsniederlegungen.



Streikposten der Firma PITSOS, die mehrheitlich im Besitz von SIEMENS ist, diskutieren mit Passanten

Die Firma versuchte, die Entlohnung selbst für die normal gearbeiteten Stunden zu stoppen. Wir verklagten sie, und sie mußte klein beigeben. Daher beschloß die Firma stattdessen, die Arbeiter auszusperrn. Das dauerte vom 15. Mai an 45 Tage lang. Als das vorbei war, bat die Gewerkschaft die Arbeiter wieder zur Arbeit zurückzugehen, sagte dem Management ihre Verhandlungsbereitschaft zu und berief am ersten Arbeitstag eine Betriebsversammlung ein. Dies ist keine neue Taktik der Gewerkschaft, aber eine, die sehr erfolgreich war. Zu diesem Zeitpunkt schwankten 200 Arbeiter, aber als sie in die Firma zurückkamen und die Einschüchterungsversuche der Firmenleitung miterlebten, kam ihre Wut darüber und die Begeisterung für Aktionen sofort zurück. Abends bei der Vollversammlung stimmten sie mit riesiger Mehrheit für die Fortsetzung der Aktion.

Auf dieser Versammlung, die so gut wie von allen besucht war, wurde einstimmig beschlossen, den Streik mit täglicher 3-stündiger Arbeitsniederlegung einzusetzen.

Nach 4 oder 5 Tagen wurden sechs Arbeiter entlassen, einschließlich einem von der Gewerkschaftsführung. Schließlich wurden alle betrieblichen Gewerkschaftsführer gefeuert. Schrittweise wurden die kämpferischsten Kollegen entfernt; insgesamt sind es jetzt ungefähr 270 Arbeiter.

Irgendwann im Juni zog die Gewerkschaft vors Gericht, um gegen die Entlassungen der ersten sechs Arbeiter anzugehen. Das Gericht entschied: Das Hauptargument der Gewerkschaft sei, daß die Firma mit den Entlassungen Gesetzesbruch begangen hätte. Es sei in der Tat illegal, eine Ge-

werkschaft in ihrer Arbeit zu behindern und ihr Funktionieren unmöglich zu machen. Doch da nur ein Gewerkschaftsführer entlassen worden sei, könne die Gewerkschaft weiter funktionieren und die Klage müsse abgewiesen werden. (Während das Gerichtsverfahren seinen Lauf nahm, wurde die gesamte Gewerkschaftsführung gefeuert und viele weitere Mitglieder dazu - insgesamt 200. Aber das Gericht mißachtete diesen Sachverhalt völlig.)

Auch die Entlassungen aller Arbeiter waren illegal. Eine Firma kann nicht mehr als 4% der Belegschaft in einem Monat entlassen und sie darf überhaupt niemanden während eines Streiks rauswerfen. Um diese Gesetze zu umgehen, setzte die Firma Gerichtsverfahren gegen jeden einzelnen Arbeiter in Gang. Sie behauptete, die Arbeiter würden Unruhe stiften, mit anderen Arbeitern Schlägereien anfangen und sie beleidigen. Sie brachten einige Streikbrecher dazu, diese Stellungnahmen zu unterschreiben. Alle diese Anschuldigungen waren konstruiert, aber noch nicht einmal das konnte die Firma richtig. So beschuldigte sie einen von uns, irgendetwas verbrochen zu haben. Der Betroffene war aber zur fraglichen Zeit im Krankenhaus. Ein andermal wurden die Anschuldigungen einem verkehrten zugeschickt. Der richtige Mann kam am nächsten Morgen zur Arbeit und hatte gar nicht mitgekriegt, daß er entlassen war. Deshalb erfand die Firma völlig neue Anschuldigungen, die total anders waren als zuvor.

Jetzt breiten sich die Diskussionen über den Streik in Griechenland und in der EG aus. Ich habe gehört, daß der Streik am 9. August im holländischen Parlament diskutiert wurde, weil man dort

tig zu zerschlagen. Die drei Hauptgründe waren:

1. Die Polizei kam und umstellte den Betrieb. Sie verjagten die entlassenen Arbeiter, um zu verhindern, daß sie mit ihren Kollegen Kontakt aufnehmen konnten.

2. Das Management bereitete eine teilweise Aussperrung vor. Sie versetzten die kämpferischen Arbeiter in die gleiche Abteilung, um diese dann zu schließen. Streikbrecher behielten sie.

3. Inzwischen waren fast 300 Arbeiter gefeuert, meistens Gewerkschaftsmitglieder. Das untergrub natürlich den gewerkschaftlichen Einfluß im Betrieb. Unter dem Druck des Managements und in der Isolation von den entlassenen Arbeitern sank die Begeisterung der im Betrieb verbliebenen Kollegen sehr rasch.

Ein Vollstreik birgt natürlich sehr viele Gefahren in sich: die Firmenleitung kann einfacher Streikbrecher reinholen und wir können nicht ewig auf der Straße

VORAN meint: Eine Erkenntnis aus dem Streik ist klar: die Gerichte und die Gesetze sind für die Unternehmer da und nicht für die Arbeiter. Wenn wir kämpfen wollen, müssen wir uns auf unsere eigene Stärke verlassen. Das ist nicht nur in Griechenland so, sondern überall:

In England, wo man jetzt versucht, Anti-Gewerkschaftsgesetze durchzupeitschen

In Holland, wo vor drei Monaten ein Eisenbahnerstreik für illegal erklärt wurde und die Gewerkschaft für jeden weiteren Tag des Streiks 1 Million Gulden Strafe zahlen sollte.

Bei einem anderen Streik sollten die Schlepperbesetzungen in Rot-

terdam gerichtlich zur Arbeit zurückbefohlen werden. Es gibt viele andere Beispiele.

Nach 5-Monate langem harten Kampf rufen uns diese Arbeiter um Hilfe, national und international. Solidaritätserklärungen sind erwünscht, mehr noch aber konkrete Hilfe in Form von Spenden, Solidaritätsveranstaltungen und Informationsverbreitung. Sie sind entscheidend für den Erfolg des Streiks. Kontakt, Solidaritätsadressen und Geld an:

GEORG KYKRIAKIDIS
Gewerkschaft der Arbeiter der Pitsos Fabrik - "Arbeitereinheit"
Meandrou 5 - Nikaia
PIRAUS - Griechenland
Tel. (003021) 4902995

SCHICHTARBEIT IN EINER AUTO-FABRIK

EIN ERFAHRUNGS-BERICHT

Gegen 4 Uhr morgens müssen die meisten Kollegen aufstehen, um rechtzeitig um 5.45 Uhr mit der Frühschicht zu beginnen. Und in der darauffolgenden Woche kommt man erst nach Hause, wenn es schon auf Mitternacht zugeht. Wer in Wechselschicht arbeitet, der spürt deutlich, wie sich das ganze Privatleben verändert.

In der Spätschichtwoche ist man den ganzen Nachmittag und Abend über weg. Es bleiben also nur noch ein paar wenige Stunden am Vormittag. Man hat so gut wie keine Möglichkeit zur Teilnahme am üblichen gesellschaftlichen Leben. Wo kann man schon vormittags Vereins- oder kulturelles Leben mitgestalten oder zu Versammlungen gehen? Viele Kollegen erzählten mir, daß sie deshalb regelmäßige sportliche oder kulturelle Treffen vom Trainingsabend bis zum Stammtisch aufgeben mußten, als sie mit dieser Arbeit angingen. Der einzige Vorteil der Spätschichtwoche besteht für einige Kollegen darin, daß sie wenigstens ausschlafen können. Aber dann besteht der Tagesablauf fast nur noch aus Schlafen-Essen-Arbeiten-Schlafen-Essen-Arbeiten...

Das darauffolgende Wochenende ist sehr kurz. Man kommt in der Nacht von Freitag auf Samstag erschöpft und ausgelaugt nach Hause, und ab Sonntag Abend fängt man wieder an, sich auf die Arbeit einzustellen. Montag um 4 Uhr früh reißt einen der Wecker dann wieder aus den Träumen.

Permanente Umstellung

Die Umstellung von der Früh- auf die Spätschicht schlägt mir auf den Magen. Den ganzen Montag werde ich das Druckgefühl nicht los. Frühschicht heißt auch, daß man sich abends nicht zu spät hinlegen sollte - es sei denn, man ist bereit, seine Kräfte und Reserven allzu früh aufzehren zu lassen. Aber wer will schon jeden Abend um 21 Uhr ins Bett, wenn man gerade mit Freunden und Nachbarn gemütlich zusammensitzt, in der Kneipe Bekannte trifft oder im Fernsehen ein spannender Film bis nach 23 Uhr läuft?

Schon allein die dauernde zeitliche Umstellung von Woche zu Woche, das Abgeschnittensein von "normalen" Arbeitnehmern ist eine große Belastung. Wenn dann noch zwei Ehepartner jeweils in der Gegenschicht arbeiten, dann haben sie nur noch am Wochenende etwas voneinander.

Magengeschwüre und ähnliche Leiden kommen hier sehr oft vor. Ein junger Kollege klagt über Appetitmangel, seitdem er hier arbeitet.

Hektische Mittagspause

Für die Mittagspause bleiben uns 35 Minuten. Davon braucht man - wenn man sich beeilt - fünf Minuten für den Weg zur Kantine. Und meistens vergehen dann noch einmal fünf Minuten bis man endlich an der Reihe ist und mit vollem Tablett einen freien Platz gefunden hat. Man kann so eben die Mahlzeit verschlingen, muß dabei aber immer auf die Uhr schielen, weil man weiß, daß das Band nicht wartet. Es läuft auf die Sekunde genau weiter. Ruhig hinsetzen und eine Viertelstunde entspannen ist nicht möglich. Mit vollem Magen geht es dann wieder rein in die Hektik und eine Stunde lang ist man erschöpft und niedergeschlagen, weil das Essen schwer im Magen liegt.

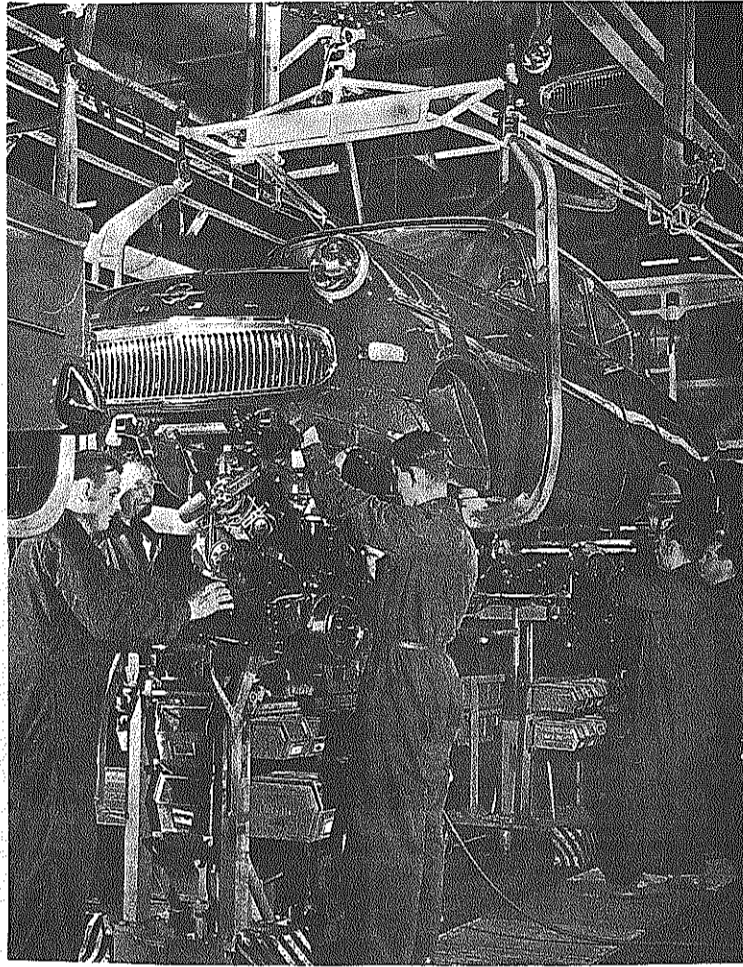
Gesteigerte Leistung

"Als ich hier anfang, so vor 7 oder 8 Jahren, da wurden hier in der Abteilung so rund 400 Wagen über beide Bänder pro Schicht gefahren. Jetzt sind es schon an die 500 Stück, der einzelne Kollege muß immer noch die gleiche Arbeit am Wagen leisten, aber halt entsprechend schneller", berichtete einer meiner Kollegen. Meine Arbeit sieht so aus, daß ich runde 250 Stück täglich "bearbeite". Wer schon längere Zeit hier ist, kennt natürlich einige Tricks und Kniffe. Aber es passiert doch immer wieder, daß es beim Bohren oder sonst wie nicht gleich auf Anhieb klappt. Da kann einem ganz schön der Schweiß kommen, denn wenn der Wagen "unvollkommen" beim Kontrolleur vorbeiläuft, dann schaltet der die "Vorgesetzten" ein.

Einseitige Belastung

So muß man sich in aller Eile wieder durcharbeiten, bis man am üblichen Arbeitsplatz steht und nach dem normalen Takt arbeitet. Wenn man sich nur mal 3 bis 4 Minuten mit anderen Kollegen oder Kolleginnen unterhalten will, muß man aufpassen, daß einem das Band nicht davonläuft. Jeder Kollege wird hier in ein paar verschiedene Tätigkeiten eingearbeitet. Einseitige Belastungen und Verrenkungen führen oftmals zu Bandscheibenschäden, Sehnen- und Sehnenentzündungen und ähnlichen "normalen" Berufskrankheiten.

Die meisten deutschen Kollegen waren früher in einem anderen Beruf tätig - handwerkliche Berufe, Kraftfahrer, Büroberufe, Facharbeiter aller Art. Viele haben den Beruf an den Nagel gehängt, weil sie Hungerlöhne bekamen, die für eine dreiköpfige Familie nicht ausreichen. Man hört oft, daß sich die Kollegen selbst bei diesen Arbeitszeiten und -bedingungen immer noch besser fühlen als früher in



Autoproduktion vor über 20 Jahren: Damals ging es noch "gemüthlicher" zu.

er Backstube oder hinterm Lenkrad.

Facharbeiter am Fließband

Am Band arbeiten müssen auch viele von der Firma ausgebildete Facharbeiter, die man vor die Wahl stellt: Bandarbeit oder gar keine! Und wer selbst den Zusammenbruch eines Klein- oder Mittelbetriebes miterlebt hat, muß bis zu 60km Anfahrtsweg zur Ar-

beit in Kauf nehmen. Schließlich ist dies der einzige Arbeitgeber weit und breit, der noch in größerer Zahl neue Kräfte einstellt. Auch Kollegen, die schon jahrzehntelange Fabrikarbeit hinter sich

Elegante Gaffer

Eine kleine Abwechslung in dem monotonen Arbeitsalltag ist es immer, wenn tagsüber die Werksführungen an uns vorbeiziehen und uns begaffen wie die Tiere im Zoo. Darunter viele elegante Damen und Herren, die sich wohl ihren fabrikneuen Wagen der gehobenen Klasse abholen. Sie blicken verständnislos drein, wahrscheinlich ist es einer der wenigen Augenblicke in ihrem Leben, wo sie eine Fabrik von innen sehen.

Hektik und Hetze bestimmen den Tag und somit den wesentlichen Teil unseres Lebens. Steht einmal das Band still oder kommt kein neuer Wagen nach, wartet man ungeduldig. Jeder weiß bis zu welcher Nummer er sich durcharbeiten muß. Verzug heißt: Weniger Zeit zum Werkzeugaufräumen, Duschen und Umkleiden. Schon Minuten vor dem offiziellen Schichtwechsel stehen die Kollegen vor den Stechuhren Schlange, um bald herauszukommen. Dann hastig zum Tor, zum Bus oder Auto. An den Ausfahrten ein Gedränge und Gepolter, gereizte Kollegen fiebern dem Feierabend entgegen.

Betriebsversammlung

Auf der Betriebsversammlung berichtet der Betriebsratsvorsitzende, daß im letzten Jahr 8% mehr PKW's gefertigt wurden, aber nur 2% mehr Personal beschäftigt war. Er berichtet weiter, daß noch mehr Umstellungen von Normal- auf Wechselschicht geplant seien und es schwer möglich sei, Kranke und Ältere in Normalschicht unterzubringen.

Viele Probleme werden nur kurz angeschnitten. Eines ist klar: Geschenk bekommt man nichts. Man arbeitet hier halt immer auf den Feierabend, das nächste Wochenende, den Urlaub oder die Pensionierung hin. Man ist froh, wenn man das ganze nur möglichst schnell hinter sich bringen kann. Doch wer hat sich nicht einmal dabei ertappt, daß ihm auch in der Freizeit der eintönige Arbeitsablauf durch den Kopf schießt und man nachts weniger gut schläft aus Angst, zu spät zur Frühschicht zu kommen?

don machen wir das nicht. Aber denen dort geht's ja auch viel schlechter. Wir haben hier damals auch gesammelt für die." Sie hätten jetzt demonstriert und Flugblätter verteilt, mehr könne man nicht machen.

Oberster Dienstherr der Feuerwehr ist der Senator Staak, der zugleich Vorsitzender der Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) ist(!). Dem Senat (mehrheitlich SPD) sind diese Zustände seit Jahren bekannt und er verspricht Besserung. Konkret plant er - kaum mehr als die Abgänge aufzufüllen! "Leere Kassen!", dieses Argument ist uralt. Doch damit können sich die Feuerwehrleute nicht länger zufriedengeben. Sie haben es verdient, daß alle Gewerkschaften des DGB die Feuerwehrkollegen und ihre Gewerkschaft, die ÖTV, im Kampf für die 40-Stunden-Woche tatkräftig unterstützen. Nur dann können sie selbst auch erwarten, daß die Feuerwehr mit ihnen solidarisch ist, wenn sie für die 35-Stunden-Woche kämpfen...

Die vom DGB geforderte 35-Stunden-Woche wird erst in einer geplanten und demokratisch kontrollierten Wirtschaft garantiert werden können, die Kollegen bei der Feuerwehr müssen bis dahin für die nächsten Jahre schon für 53 oder 54 Stunden dankbar sein.

HAMBURGER FEUERWEHR WILL 40-STUNDEN-WOCHE

Anfang September demonstrierten 2 000 Angehörige der Hamburger Feuerwehr in der Innenstadt. Sie wurden von Familienangehörigen, Beschäftigten der Stadtreinigung und der Lufthansa, sowie einer Abordnung der Kieler Feuerwehr in ihren Forderungen unterstützt. "Wir protestieren gegen Schichtlängen von 24 Stunden" - "56 sind zuviel, 40 Stunden unser Ziel" - "56 Stunden, 9,68 DM Stundenlohn - und das seit sechs Jahren schon" - "56 Stunden Dienstzeit - wo bleibt unser Familienleben?" - "Aufstiegschancen nur auf der Dreheleiter?" Dieses und anderes konnten man auf mitgeführten Spruchbändern lesen.

Fast ständig fahren die Hamburger Löschzüge unterbesetzt aus, und bei mehr als einem kleinen Brand zur gleichen Zeit muß ein Zug aus dem nächsten Ortsteil angefordert werden. Acht bis zehn Leute sind durchschnittlich in einem Löschzug, 16 sollten es sein. Hitze, Rauch, Staub, Schmutz und Nässe, häufig im ununterbrochenen 24-Stunden-Dienst, dazu erzählen die Kollegen: "Der 24-Stunden-Dienst ist das schlimmste; meine Frau macht das unheimlich fertig. Wir gehen jedesmal mit Kopfschmerzen nach Haus. Man hat ein bißchen Ruhe und wird dann hochgepumpt und dann wieder hinsetzen und sofort wieder hoch. Magen, Wirbelsäule und Kreislauf, das sind die typischen Feuerwehrkrankheiten." - "Feuerwehrmänner sind Facharbeiter mit Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienst und 56-Stunden-Woche (ohne Überstunden). Früher wurde bei Polizei und Feuerwehr gleich befördert heute sind dem Staat Terroristenjäger wichtiger.

Auch die Verdienstmöglichkeiten sind nicht gerade überwältigend. Nach 18 Jahren, so erzählte mir ein Kollege, verdiene er jetzt 2 400,-DM netto. Davon müßte er jedoch 200DM Krankenversicherung für seine Familie bezahlen. Nach der Pensionierung muß er sich selbst versichern, und dafür jetzt schon Anwaltschaft einzahlen.

Nun hielt auch die Technik vor einigen Jahren Einzug bei der Feuerwehr. Ein Computer übernahm die Arbeit einiger Kollegen in der Einsatzzentrale. "Toll", möchte man denken, "damit kann man diese skandalösen Schichtpläne verbessern und die Wochenarbeitszeit senken." Denkste! Umbesetzungen, vorzeitige Pensionierungen (in einem Fall mit nur 65%igem Pensionsanspruch!) waren die Folge. Die Arbeitszeit blieb. Der Feuerwehr werden durch die unkontrollierte staatliche Bürokratie die gleichen menschenfeindlichen Bedingungen wie in der "freien" Marktwirtschaft aufgezwungen.

"Was wollt ihr denn in der Zu-



Feuerwehr: gefährliche Arbeit, 24-Std-Schichten, 56-Std-Woche

kunft unternehmen, um Euch zur Wehr zu setzen?", fragte ich. Anspielend auf den Streik (mit Notdienst) ihrer Londoner Kollegen, antworteten sie mir: "So wie in Lon-

von Dieter Affeln, SPD-Mitglied, Hamburg

VORAN

KAMPFSTOFFE IN HAMBURG

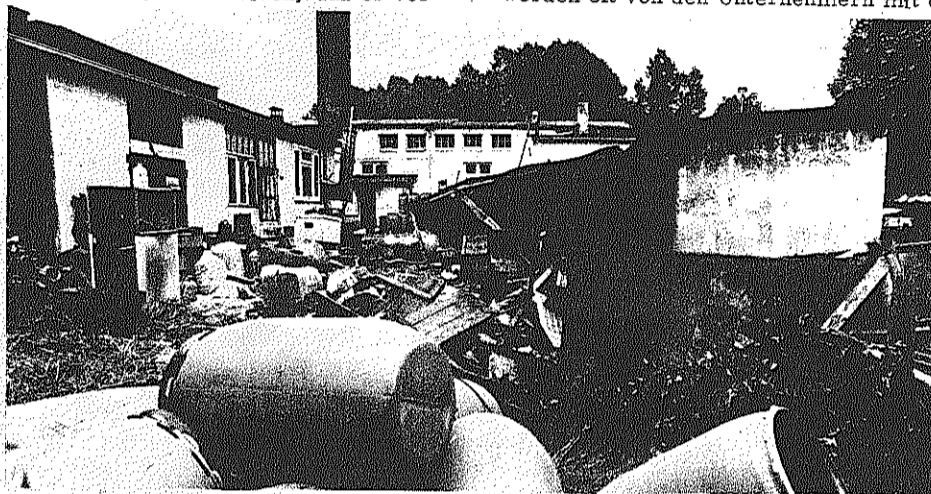
Skandal wirft politische Fragen auf

Durch den Tod eines kleinen Jungen, der beim Spielen mit Munition getötet wurde, kam der größte Umwelt- und Giftskandal der Nachkriegszeit ans Tageslicht. Ort des Geschehens: die chemische Fabrik Stoltzenberg in Hamburg-Eidelstedt. Die auf dem verwahrlosten und nicht gesicherten Betriebsgelände gelagerten Gifte und Munition reichten aus, um nahezu 1 Mio. Menschen zu töten. Hochgiftige Kampfgase lagerten in verrosteten Fässern und Badewannen, für jedermann leicht zugänglich. Hier tickte eine Zeitbombe - seit Jahrzehnten (!) - und die Behörden wußten davon.

Im Verlauf der letzten 30 Jahre befaßten sich 3 nicht-hamburgische Dienststellen, 6 Hamburger Behörden sowie 11 Hamburger Dienststellen, die für die Sicherheit von Personen, Sachen und Umwelt zuständig sind, mit den vielen Vorkommissen auf dem Stoltzenberg-Gelände:

- * 21 Brände auf dem Firmengelände zählte man seit Ende der 40er Jahre.
 - * Immer wieder, bis in die jüngste Zeit hinein, belästigten oder schädigten entweichende ätzende oder giftige Gase aus dem Betrieb in der Nähe arbeitende oder wohnende Menschen!
 - * Seit 1949 wird immer wieder in den Akten vermerkt, in welchem verheerenden Zustand die baulichen und betrieblichen Anlagen zur Lagerung der Chemikalien sich befanden.
 - * Mindestens seit 1968 wird immer wieder der mangelhafte Zustand der Umzäunung des Geländes angesprochen.
 - * 1970 wird bekannt, daß kleinere Mengen von Kampfgasen, wie Tabun, Sarin und Lost produziert wurden.
 - * 1972 wird bekannt, daß unbrauchbar gewordene Chemikalien einfach vergraben wurden.
- (Alle Angaben nach dem offiziellen Senatsbericht zum Skandal)
Die zuständigen Behörden werden massiv

beschuldigt. Sie haben ihre Aufgaben unzureichend erfüllt, Prüfungen nur mangelhaft durchgeführt und die Gefahrenlage unterschätzt. Das Personenkarussell dreht sich. Das erste Opfer ist bereits gefunden: Der Justizsenator Darendorf (SPD) mußte seinen Hut nehmen. Man konnte ihm anhand einer Aktennotiz nachweisen, daß er vor



Kampfstofflager der "Firma" Stoltzenberg: war für jedermann zugänglich....

Jahren eine falsche Entscheidung in diesem Fall getroffen hätte. Weiterhin offenbarte der Verwaltungsvollzug seine Schwächen. Sie sollen durch Überdenken der Gesetze überprüft und abgestellt werden.

Es ist sehr fraglich, ob die bisher gezogenen Konsequenzen in Zukunft Vorkommnisse wie bei Stoltzenberg verhindern werden. Über die "Art der Zuständigkeitsanordnungen nach einzelnen Gesetzen" (Senatsbericht) soll jetzt nachgedacht werden. Fragt sich nur, wie lange das Nachdenken dauert und was dabei herauskommt. Selbst wenn Verbesserungen erzielt werden könnten, ist ihre Reichweite ausreichend? Wer garantiert, daß Neuerungen auch durchge-

Fortsetzung von Seite 1

DGB-Jugend

Erst einige Tage später erhielt er die Kündigung. Der Betriebsrat der Beschäftigten der DGB-Vorstandsverwaltung hat inzwischen die "Änderungskündigung" Hawreliuks für nichtig erklärt. Entgegen dem Betriebsverfassungsgesetz ist er nicht ordnungsgemäß angehört worden. Der Betriebsrat gab eine Erklärung über die Vorgänge per DGB-Fernschreiber an die Öffentlichkeit. Deswegen wurde mit der Begründung "eigenmächtige Entscheidung" und "Dienstverstoß" eine Kollegin der DGB-Pressestelle mit sofortiger Wirkung beurlaubt, weil sie diese Erklärung mit dem Fernschreiber weitergegeben hatte. Sie gehört selbst dem Betriebsrat an. Wer kann in diesen Methoden irgendeinen Unterschied entdecken zu dem Verhalten kapitalistischer Arbeitgeber? Sollen auf diese Weise Konflikte in einer demokratischen Arbeiterorganisation gelöst werden?

Es ist wirklich unglaublich, mit welchen Mitteln der DGB-Vorstand Auseinandersetzungen führt: Disziplinarmaßnahmen, Beurlaubungen, Amtsenthebungen, bürokratische Manöver, Verbote... kommen jetzt bald Ausschüsse? Es ist klar, daß sich die Basis das nicht auf Dauer gefallen lassen wird.

Bereits jetzt schon haben viele Gliederungen ihre Empörung über das Vorgehen gegen Hawreliuk bekundet. Die Landesbezirksjugendausschüsse des DGB von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben gegen die Amtsenthebung protestiert und Hawreliuk uneingeschränkt das Vertrauen ausgesprochen. Das wird bestimmt ein Beispiel für andere sein. Unterschriftensammlungen, Protestresolutionen und -telegramme, Solidaritätsveranstaltungen und Anrufe beim DGB-Vorstand in Düsseldorf sind notwendig.

Auch der Bundesjugendausschuss hat sich auf seiner letzten Sitzung vor Hawreliuk gestellt. Karl Schwab verhinderte allerdings eine Abstimmung darüber, ob Hawreliuk an der Sitzung teilnehmen und sich ge-

gen die Vorwürfe verteidigen dürfe. Notfalls werde er sonst die Sitzung aufheben, drohte er.

Aus Furcht vor einer Auseinandersetzung mit seiner Jugendorganisation hat der geschäftsführende DGB-Landesbezirksvorstand in Niedersachsen inzwischen eine für diesen Monat geplante Konferenz über "Perspektiven gewerkschaftlicher Jugendarbeit" abgeblasen.

Solche Maßnahmen werden die zunehmende Opposition der DGB-Jugend gegen den Kurs des Vorstands nicht abwürgen. Dies wurde schon auf der Antikriegstagsveranstaltung der DGB-Jugend in Dortmund am 1. September deutlich. Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter wurde von der überwiegenden Mehrheit der über 14 000 Teilnehmer mit Pfiffen empfangen. Ein Transparent "Kein Treffen Vetter - Strauß" machte klar, was junge Gewerkschafter von ihrer Organisation erwarten: Nicht Gespräche, Verhandlungen und Kompromisse mit dem Kapital und seinen Vertretern, sondern offensive Kampfaktionen.

Der "Fall Hawreliuk" wirft eine grundsätzliche Frage auf: Auf welche Weise sollen zukünftig hauptamtliche Funktionäre in ihre Positionen berufen werden? Bisher werden sie durch den geschäftsführenden Hauptvorstand ernannt und sind an seine Weisungen gebunden. Konflikte müßten in einer demokratischen Arbeiterorganisation eigentlich durch eine inhaltliche Diskussion ausgetragen werden. Durch die bisherige Regelung wird die Amtsenthebung durch den Vorstand vorprogrammiert.

Es ist notwendig, das Verfahren zur Berufung von Hauptamtlichen zu demokratisieren. Wir brauchen Funktionäre, die die Meinung und Interessen der Basis widerspiegeln. Was nützt der DGB-Jugend ein Jugendsekretär, der zwar das Vertrauen von Karl Schwab und Heinz-Oskar Vetter besitzt, aber nicht das der jugendlichen Mitglieder? Was ist wichtiger? Das Vertrauen zwischen DGB-Jugend und dem hauptamtlichen Jugendsekretär oder das zwischen dem Jugendsekretär und Karl Schwab?

Auch schon im Stahlarbeiterstreik des letzten Winters sind die Forderungen nach der Wahl aller Hauptamtlichen durch die Basis laut geworden. Es hat sich nämlich ge-

setzt werden? Der Rücktritt von politisch Verantwortlichen ist wirkungslos, solange nicht gleichzeitig die gesetzlichen Grundlagen und Kontrollmöglichkeiten grundlegend geändert werden. Was nutzt es, wenn Bundes-, Länder- und Gemeindeparlamente eine Flut von Gesetzen und Verordnungen produzieren, die Befolgung dieser Gesetze von den Unternehmern jedoch oft unterlaufen wird und von den Behörden nicht kontrolliert werden kann? Aktuelles Beispiel: Die Herstellung von Bromazethon ist genehmigungspflichtig. Stoltzenberg umging hier das Gesetz; obwohl die Genehmigung weder beantragt noch erteilt worden war, stellte Stoltzenberg Bromazethon her!

Die Bevölkerung erwartet, daß die von ihr gewählten Repräsentanten in ihrem Sinne handeln und sie vor Umweltvergiftungen schützt. Doch der gesetzliche Spielraum ist schmal. Die notwendigen Produktionsauflagen zum Schutz der Bevölkerung werden oft von den Unternehmern mit dem

Argument der "Arbeitslosigkeit" bekämpft. Hohe Sicherheitsauflagen würden an den Profiten nagen. Die Investitionssummen würden dadurch zurückgehen und so das Arbeitsplatzangebot verringern! Dem Druck geben die Regierungsstellen meistens nach und zeigen so, wessen Interessen bei ihnen ausschlaggebend sind. So äußerte sich die Behörde für Wirtschaft und Verkehr selbst noch nach einem Besuch auf dem verwahrlosten Stoltzenberg-Gelände - in einem Schreiben vom 7.4.1967 wie folgt: Trotz der geäußerten Bedenken gegen die kaufmännischen Fähigkeiten des Betriebsinhabers (die Firma stand öfters vor dem Konkurs)scheine es angebracht "zur mög-

lichen Rettung des Unternehmens staatlicherseits das größtmögliche Entgegenkommen zu zeigen". Anders formuliert: Profitstreben geht vor Sicherheit der Bevölkerung.

Nicht ein unmenschliches System, das den Profit über die Gesundheit der Menschen stellt, wird heute als Hauptursache des Skandals hingestellt, sondern der Kompetenzwirrwarr der Ämter und das verantwortungslose Handeln eines Unternehmers. Dabei hat die Firma nach demselben Prinzip gehandelt wie alle anderen Unternehmen: möglichst hohe Gewinne bei kleinstmöglichen Investitionen. Gerade in der Hoffnung auf diese Neuinvestitionen, mit denen die bekannten Mängel abgestellt werden sollten, wurde das Unternehmen weiterhin fürsorglich behandelt und die Produktion nicht verboten. Man vertraute auf die persönlichen Angaben des Eigentümers, der immer wieder die Behebung der Mängel in Aussicht stellte. Doch der Unternehmer dachte gar nicht daran, seine Gewinne in den Betrieb zu stecken. Wohin sie flossen, weiß niemand. Bei einer Untersuchung wurde nur festgestellt, daß es der Betriebsinhaber "trotz größerer Gewinne nicht verstanden hat, seinen Betrieb in der notwendigen Weise auszubauen".

Solange die Beurteilung und Kontrolle eines Betriebes sich auf die Angaben des Besitzers beschränkt, solange werden solche Skandale immer wieder auftauchen. Nur wenn die Belegschaft, Vertreter der Gewerkschaften und staatliche Stellen Einsicht in alle Geschäftsbücher und Fabrikationsräume haben, haben sie Möglichkeit zur Kontrolle über die Produktion und die Betriebssicherheit. Erst dann werden solche Skandale aufhören. Weiterhin müssen die Verwaltungsvorgänge durchschaubar gemacht werden. Die Beamten müssen wissen, daß sie jederzeit zur Verantwortung gezogen werden können und absetzbar sind. Erst dann werden Probleme nicht nur von einer Dienststelle an die andere verschoben, sondern auch behandelt.

Der Fall Stoltzenberg ist nur ein Beispiel, das die Notwendigkeit nach einer umfassenden Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung über die Firmen deutlich macht. Die Profitgier privater Kapitalisten läßt wenig Raum für die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung. Jeder Sozialist und Gewerkschafter sollte für die Einbeziehung sämtlicher Unternehmen in eine geordnete, durchschaubare und kontrollierbare Gesamtplanung kämpfen, damit so etwas wie in Hamburg nicht mehr passiert!

von Greg Powell, SPD-Mitglied, Hamburg

zeigt, daß manche Bezirksleiter sehr weit entfernt von der Stimmung, den Gefühlen und Interessen der Kollegen an den Werkbänken sind.

Für die DGB-Jugend geht es jetzt um folgendes:

- Schickt Protestresolutionen gegen die Beurlaubung Hawreliuks an den DGB-Hauptvorstand!
- Fordert die Rücknahme der Beurlaubung!
- Sprecht Euch gegen die Ernennung von Hauptamtlichen durch den Vorstand aus!
- Fordert das Recht, den Bundesjugendsekretär des DGB auf der Bundesjugendkonferenz wählen zu dürfen!
- Für eine demokratische DGB-Jugend!

von einem jugendlichen Gewerkschaftsmitglied

Anmerkung der Redaktion:

1. Die Vorwürfe, Hawreliuk sei ein Stamokap-Sympathisant, sind unhaltbar. Sie sind frei erfunden und konstruiert. Der Kollege Hawreliuk war von 1973-76 Mitglied im Bundesvorstand der Jungsozialisten in der SPD. VORAN hat in vielen Punkten eine andere Ansicht als er. Aber wir protestieren gegen die bürokratischen Methoden seiner Amtsenthebung und

fordern ihre Rücknahme. Hawreliuk gehörte der Strömung der "Reformsocialisten" bei den Jusos an; diese bilden den rechten Flügel innerhalb der Jusos. Sie sind nicht gerade Freunde der "Stamokap-Theorie".

2. Hawreliuks Amtsenthebung ist absurd. Erstens ist er kein SDAJ-Sympathisant. Und zweitens: selbst wenn er einer wäre, dann müßte das Recht auf seine Abberufung bei der Bundesjugendkonferenz des DGB (durch Mehrheitsentscheidung) liegen. Wenn jemand etwas gegen eine SDAJ-Mehrheit oder einen starken Einfluß dieser DKP-Jugendorganisation in der DGB-Jugend hat (wie wir ebenfalls), dann soll er für seine Meinung mit politischen Argumenten kämpfen, nicht mit organisatorischer Allmacht.

3. Die Durchsetzung der Forderung nach dem Recht der Basis, alle Funktionäre selbst wählen zu dürfen, ist einer der wichtigsten Schritte in Richtung vollständige Demokratisierung des DGB.

Dann kann es nicht mehr vorkommen, daß Vorstände von oben her Hauptamtliche aufpropfen, um den Einfluß irgendeiner Gruppierung zurückzudrängen. Hauptamtliche sollen den Willen der Basis vertreten. Sie sollten abgewählt werden können, falls sie nicht mehr der Mehrheitsmeinung der Konferenz entsprechen, die sie gewählt hat.

ABONNIERT VORAN

ICH WÜNSCHE VORAN ABONNIERT

und habe ihn auf dem Postfachkonto
Düsseldorfer Zeitung, Postfach Nr. 170 23-433
Hamburg, Hamburg für mich ausgeben
Lieferung erfolgt nach Zahlungseingang

ICH WÜNSCHE WEITERES INFORMATIONEN

Name:

Adresse:

Redaktion "Vorran" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75